

# EUROPÄISCHER TARIFBERICHT DES WSI - 2024/2025

## Gewerkschaften streiken erfolgreich für reale Tariferhöhungen

Thilo Janssen, Malte Lübker

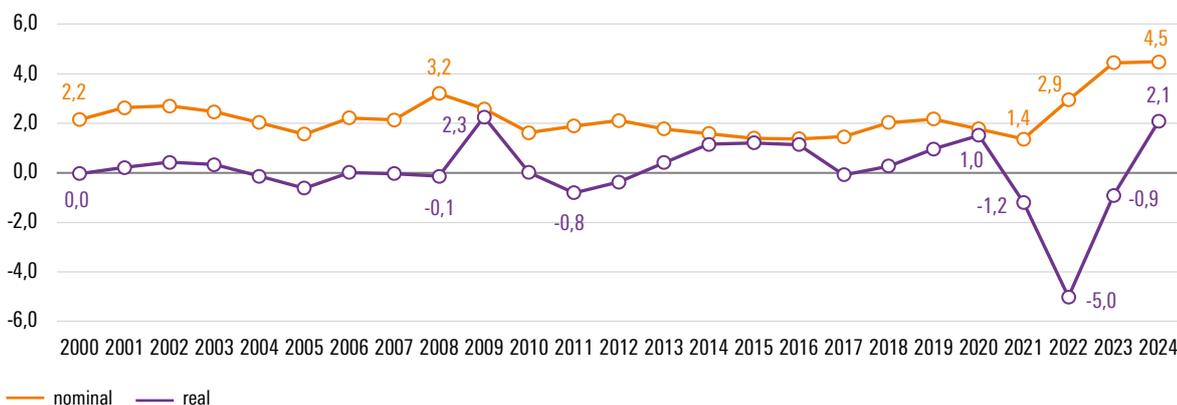
### AUF EINEN BLICK

Im Jahr 2024 haben die Gewerkschaften in Europa erstmals seit Beginn des Preisauftriebs wieder auf breiter Front reale Tariferhöhungen durchgesetzt. Um gegen Kaufkraftverluste vorzugehen, griffen sie dabei vermehrt zu Arbeitskampfmaßnahmen. Die beiden vergangenen Jahre waren deshalb in

vielen Ländern von Streiks geprägt – und zwar auch dort, wo diese sonst eher die Ausnahme sind. Trotzdem gibt es in den meisten Ländern der Europäischen Union weiterhin Aufholbedarf. Dies gilt auch für Deutschland, wo das reale Tarifniveau im vergangenen Jahr noch deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus lag.

### Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2000–2024

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



Anmerkung: Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

## **INHALT**

|          |  |           |
|----------|--|-----------|
| <b>1</b> | <b>Einleitung</b>  | <b>3</b>  |
| <b>2</b> | <b>Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik</b>                      | <b>3</b>  |
| 2.1      | Allgemeine Wirtschaftsentwicklung  | 3         |
| 2.2      | Die Lage auf dem Arbeitsmarkt  | 5         |
| 2.3      | Produktivitätsentwicklung, BIP-Deflator und Verteilungsspielraum           | 5         |
| <b>3</b> | <b>Die Entwicklung der Tariflöhne</b>                                      | <b>8</b>  |
| 3.1      | Der EZB-Tariflohnindikator   | 8         |
| 3.2      | Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten                        | 10        |
| <b>4</b> | <b>Die Entwicklung der Effektivlöhne</b>                                   | <b>12</b> |
| 4.1      | Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen                              | 12        |
| 4.2      | Verteilungsbilanz und funktionale Einkommensverteilung                     | 14        |
| <b>5</b> | <b>Streik als letztes Mittel im Kampf gegen Kaufkraftverluste</b>          | <b>16</b> |
| 5.1      | Deutlich erhöhtes Arbeitskampfvolumen als Reaktion auf den Preisschock     | 16        |
| 5.2      | Streikbewegungen in EU-Ländern   | 17        |
| 5.3      | Streikrecht beeinflusst Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigteninteressen | 18        |
| 5.4      | Angriffe auf das Streikrecht   | 19        |
| <b>6</b> | <b>Bilanz: Aufholprozess bei Tariflöhnen noch nicht abgeschlossen</b>      | <b>19</b> |

## **AUTORENSCHAFT**

### **Thilo Janssen**

Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Korrespondent für die europäische Stiftung Eurofound. Forschungsschwerpunkte: Europäische Arbeitsbeziehungen und europäische Integration.  
thilo-janssen@boeckler.de

### **Malte Lübker, Dr.**

Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Löhne, Tarifpolitik, personale und funktionale Einkommensverteilung und Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat.  
malte-luebker@boeckler.de

## 1 EINLEITUNG

Der Preisauftrieb der vergangenen Jahre hat für die Beschäftigten in Europa erhebliche Belastungen mit sich gebracht – in vielerlei Hinsicht waren sie die Inflationsverlierer (Janssen/Lübker 2023). Gleichzeitig haben steigende Gewinnmargen die Inflation weiter befeuert und zu einer Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung zugunsten des Kapitals beigetragen. Dieses Jahr legt der Europäische Tarifbericht den Fokus auf die Gegenreaktionen: Arbeitskämpfe als letztes Mittel im Kampf um einen Ausgleich der Kaufkraftverluste.

Zunächst werden das schwierige ökonomische Umfeld sowie die Trends auf den Arbeitsmärkten beleuchtet und die Entwicklung von Produktivität und Preisen analysiert (Abschnitt 2). Danach erfolgt eine detaillierte Betrachtung der Tariflöhne (3) sowie der Effektivlöhne (4). Abschnitt 5 widmet sich dem gestiegenen Arbeitskampfvolumen in verschiedenen EU-Ländern. Zudem wird untersucht, inwieweit Unterschiede im nationalen Streikrecht die Fähigkeit der Gewerkschaften beeinflussen, die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wird auch die Debatte über mögliche Einschränkungen des Streikrechts in Deutschland thematisiert. Abschließend wird der Aufholprozess der realen Tariflöhne bilanziert und der Frage nachgegangen, inwiefern hohe Lohnforderungen auch im laufenden Jahr gerechtfertigt sind (6).

## 2 ÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN DER TARIFPOLITIK

### 2.1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Nach einem halben Jahrzehnt der Krise wird die wirtschaftliche Erholung in der Europäischen Union von neuen Unsicherheiten überschattet, die auf die erratische Handelspolitik der Vereinigten Staaten zurückzuführen sind (Europäische Kommission 2025; IWF 2025; Dullien et al. 2025). Besonders exponiert ist das verarbeitende Gewerbe. Hier wirken derzeit die Unsicherheiten aufgrund des Weltmarktgeschehens und erhöhte Finanzierungskosten dämpfend auf die Investitionen. Dienstleistungen bleiben der wesentliche Treiber für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der EU (IWF 2025, S. 2f.).

Das verhaltene BIP-Wachstum in der EU von durchschnittlich 1,0% im Jahr 2024 und prognostizierten 1,1% im Jahr 2025 wird von steigenden Staatsausgaben und dem privaten Konsum gestützt, der sich besser als erwartet entwickelt (Tabelle 1). Die Kaufkraft der Haushalte profitiert von einer positiven Beschäftigungsentwicklung und der Erholung der Reallöhne (Europäische Kommission 2025; EZB 2025b; Dullien et al. 2025). Stabilisierend wirkt auch die rückläufige Inflationsrate (EZB 2025a).

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich das BIP der EU-Mitgliedstaaten uneinheitlich, was auch auf die jeweils unterschiedliche Bedeutung von Industrie und Dienstleistungen zurückzuführen ist. Das kleine Malta ist derzeit das wachstumsstärkste EU-Land mit einem BIP-Wachstum von 6,0% im Jahr 2024 und erwarteten 4,1% im laufenden Jahr, gestützt auf Dienstleistungen in den Bereichen Tourismus, Finanzen und IT (Europäische Kommission 2025, S. 116). In Südeuropa verzeichneten im Jahr 2024 auch Länder wie Spanien (3,2%), Griechenland (2,3%) und Portugal (1,9%) überdurchschnittliche Wachstumsraten. In Nordeuropa sticht Dänemark hervor, dessen BIP entgegen dem Trend bei den exportstarken Industrieländern um 3,7% wuchs. Dänische Unternehmen konnten ihre Industrieproduktion im exportorientierten pharmazeutischen Sektor ausbauen (ebd., S. 136).

Die meisten westeuropäischen Länder wiesen im Jahr 2024 ein verhaltenes Wachstum von rund einem Prozent auf. Nur in Deutschland (-0,2%) und Österreich (-1,2%) ging die Wirtschaftsleistung zurück. Die deutsche Konjunktur ist von einer negativen Entwicklung der Außenhandelsbilanz gezeichnet. Es wurden weniger Industrieprodukte wie Fahrzeuge, Maschinen und chemische Produkte ausgeführt. Auch der Automobilexport nach China ist stark rückläufig (Dullien et al. 2025, S. 11). Zur sinkenden Industrieproduktion trugen auch hohe Energiekosten, Defizite in der Infrastruktur und Unsicherheiten bezüglich der grünen Transformation bei (ebd., S. 6).

In Osteuropa ist das Bild heterogen, wobei in den meisten Ökonomien das BIP-Wachstum 2024 über dem EU-Durchschnitt lag. In Bulgarien (2,8%), Kroatien (3,9%), Litauen (2,8%) und Polen (2,9%) lag das Wachstum in der Nähe der Drei-Prozent-Marke. Das polnische BIP wurde getragen vom privaten Konsum, gestützt auf außerordentlich stark gestiegene Reallöhne und Sozialausgaben (ebd., S. 140). In Estland (-0,3%) und Lettland (-0,4%) ging die Wirtschaftsleistung hingegen leicht zurück. Dort hemmt auch die geopolitische Unsicherheit im Zuge des russischen Krieges gegen die Ukraine den privaten Konsum und Investitionen (ebd., S. 110, S. 94).

**Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 2022–2025\***

Angaben in Prozent

|                   | Bruttoinlandsprodukt |            |            |            | Arbeitslosigkeit |            |            |            |
|-------------------|----------------------|------------|------------|------------|------------------|------------|------------|------------|
|                   | 2022                 | 2023       | 2024       | 2025       | 2022             | 2023       | 2024       | 2025       |
| <b>Nordeuropa</b> |                      |            |            |            |                  |            |            |            |
| Dänemark          | 1,5                  | 2,5        | 3,7        | 3,6        | 4,5              | 5,1        | 6,2        | 6,2        |
| Finnland          | 0,8                  | -0,9       | -0,1       | 1,0        | 6,8              | 7,2        | 8,4        | 8,6        |
| Schweden          | 1,5                  | -0,1       | 1,0        | 1,1        | 7,5              | 7,7        | 8,4        | 8,7        |
| <b>Westeuropa</b> |                      |            |            |            |                  |            |            |            |
| Belgien           | 4,3                  | 1,2        | 1,0        | 0,8        | 5,6              | 5,5        | 5,7        | 6,1        |
| Deutschland       | 1,4                  | -0,3       | -0,2       | 0,0        | 3,2              | 3,1        | 3,4        | 3,5        |
| Frankreich        | 2,6                  | 0,9        | 1,2        | 0,6        | 7,3              | 7,3        | 7,4        | 7,8        |
| Irland            | 8,6                  | -5,5       | 1,2        | 3,4        | 4,5              | 4,3        | 4,3        | 4,3        |
| Luxemburg         | -1,1                 | -0,7       | 1,0        | 1,7        | 4,6              | 5,2        | 6,4        | 6,6        |
| Niederlande       | 5,0                  | 0,1        | 1,0        | 1,3        | 3,5              | 3,6        | 3,7        | 4,0        |
| Österreich        | 5,3                  | -1,0       | -1,2       | -0,3       | 4,8              | 5,1        | 5,2        | 5,4        |
| <b>Südeuropa</b>  |                      |            |            |            |                  |            |            |            |
| Griechenland      | 5,7                  | 2,3        | 2,3        | 2,3        | 12,5             | 11,1       | 10,1       | 9,4        |
| Italien           | 4,8                  | 0,7        | 0,7        | 0,7        | 8,1              | 7,7        | 6,5        | 6,0        |
| Malta             | 4,3                  | 6,8        | 6,0        | 4,1        | 3,5              | 3,5        | 3,1        | 3,0        |
| Portugal          | 7,0                  | 2,6        | 1,9        | 1,8        | 6,2              | 6,5        | 6,5        | 6,4        |
| Spanien           | 6,2                  | 2,7        | 3,2        | 2,6        | 13,0             | 12,2       | 11,4       | 10,5       |
| Zypern            | 7,2                  | 2,8        | 3,4        | 3,0        | 6,3              | 5,8        | 4,9        | 4,7        |
| <b>Osteuropa</b>  |                      |            |            |            |                  |            |            |            |
| Bulgarien         | 4,0                  | 1,9        | 2,8        | 2,0        | 4,2              | 4,3        | 4,2        | 4,0        |
| Estland           | 0,1                  | -3,0       | -0,3       | 1,1        | 5,6              | 6,4        | 7,6        | 7,6        |
| Kroatien          | 7,3                  | 3,3        | 3,9        | 3,2        | 6,8              | 6,1        | 5,0        | 4,5        |
| Lettland          | 1,8                  | 2,9        | -0,4       | 0,5        | 6,9              | 6,5        | 6,9        | 6,8        |
| Litauen           | 2,5                  | 0,3        | 2,8        | 2,8        | 6,0              | 6,9        | 7,1        | 6,7        |
| Polen             | 5,3                  | 0,2        | 2,9        | 3,3        | 2,9              | 2,8        | 2,9        | 2,8        |
| Rumänien          | 4,0                  | 2,4        | 0,8        | 1,4        | 5,6              | 5,6        | 5,4        | 5,2        |
| Slowakei          | 0,4                  | 2,2        | 2,1        | 1,5        | 6,1              | 5,8        | 5,3        | 5,3        |
| Slowenien         | 2,7                  | 2,1        | 1,6        | 2,0        | 4,0              | 3,7        | 3,7        | 3,8        |
| Tschechien        | 2,8                  | -0,1       | 1,1        | 1,9        | 2,2              | 2,6        | 2,6        | 2,7        |
| Ungarn            | 4,3                  | -0,8       | 0,5        | 0,8        | 3,6              | 4,1        | 4,5        | 4,5        |
| <b>EU-27</b>      | <b>3,5</b>           | <b>0,5</b> | <b>1,0</b> | <b>1,1</b> | <b>6,2</b>       | <b>6,1</b> | <b>5,9</b> | <b>5,9</b> |

**Anmerkungen:****Bruttoinlandsprodukt** = Veränderung des realen BIP in % gegenüber dem Vorjahr.**Arbeitslosenquote** = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).

\* Angaben für 2025: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 19. Mai 2025).

Im laufenden Jahr 2025 stagniert das BIP laut Prognose der Kommission<sup>1</sup> in Deutschland (0,0%) und Österreich (-0,3%) weiterhin. Unter der Annahme, dass die neue Bundesregierung die angekündigten öffentlichen Investitionen schon im laufenden Jahr ausweitet, geht das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) davon aus, dass das deutsche BIP bereits im kommenden Jahr um 1,7% zunehmen könnte (Dullien et al. 2025). Auch in Frankreich (0,6%) schwächt sich die Konjunktur 2025 deutlich ab, gebremst durch geplante Sparmaßnahmen der Regierung und die Unsicherheit auf den Exportmärkten (ebd., S.102; OECD 2024, S.153). Italien (0,7%) wächst verhalten und im dritten Jahr hintereinander stabil. Das für 2025 in der EU prognostizierte BIP-Wachstum von rund einem Prozent geht damit vor allem auf Länder im Süden und Osten Europas zurück. In Spanien (2,6%), Griechenland (2,3%) und Portugal (1,8%) legt die Wirtschaftsleitung voraussichtlich überdurchschnittlich zu. Das gleiche gilt für Osteuropa, insbesondere für Polen (3,3%).

## 2.2 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Trotz der niedrigen Wachstumsraten setzt sich der positive Beschäftigungstrend in der EU fort. Die Erwerbstätigenquote erreichte mit 75,8% im Jahr 2024 ein neues Allzeithoch (Eurostat 2025). Gleichzeitig geht die Arbeitskräfteknappheit nach ihrem Höchststand im 2. Quartal 2022 (3,2%) schrittweise zurück. Im 4. Quartal 2024 waren noch 2,3% der Stellen vakant (Europäische Kommission 2025, S.41). Dies deutet auf ein Abflachen des Beschäftigungsaufbaus in der Zukunft hin.

Die positive Entwicklung geht vorwiegend vom Dienstleistungssektor aus. Besonders bei privaten Dienstleistungen wie Handel, Beherbergungsgewerbe und Transport werden neue Jobs geschaffen (ebd., S.40). Allein im vergangenen Jahr legte die Zahl der abhängig Beschäftigten im Dienstleistungssektor der EU um rund 1,6 Mio. zu, seit 2019 um insgesamt 8,2 Mio. Im verarbeitenden Gewerbe stagnierte die Zahl hingegen im vergangenen Jahr und ist verglichen mit 2019 um rund 460000 gefallen. Davon entfällt allein auf Deutschland ein Rückgang um 314000 Arbeitsplätze, während auch hierzulande die Zahl der abhängig Beschäftigten

im Dienstleistungsbereich über den gleichen Fünf-Jahres-Zeitraum um 1,3 Mio. angestiegen ist.<sup>2</sup>

Die gute Verfassung des Arbeitsmarktes lässt sich auch an der Arbeitslosenquote festmachen, die im Schnitt der EU mit 5,9% im Jahr 2024 auf ein Rekordtief gefallen ist und im 1. Quartal 2025 bei 5,8% lag (nicht tabellarisch ausgewiesen). Für das Gesamtjahr 2025 erwartet die Europäische Kommission (2025, S.40) eine stabile Entwicklung (Tabelle 1). Dabei ist die Lage auf den nationalen Arbeitsmärkten heterogen. Spanien (11,4%) und Griechenland (10,1%) waren 2024 weiterhin die Länder mit den höchsten Arbeitslosenquoten. Sie konnten die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren jedoch kontinuierlich abbauen, sodass sie im Jahr 2025 nach Prognose der Kommission Werte von 10,5% bzw. 9,4% erreichen könnten. Mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit findet auch hier eine weitere Verschiebung der Beschäftigung in den Dienstleistungssektor statt.<sup>3</sup> Im Norden und Westen wiesen im Jahr 2024 Finnland (8,4%), Schweden (8,4%) und Frankreich (7,4%) überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten auf.

Die meisten Länder im Osten Europas haben weit unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten. Dies wird sich nach Prognose der Kommission auch 2025 nicht gravierend ändern. So werden etwa für Polen (2,8%) und Tschechien (2,7%) Werte unterhalb der Drei-Prozent-Marke vorausgesagt. In Deutschland ist in jüngster Zeit ein geringfügiger Anstieg der Arbeitslosenquote zu verzeichnen, die nach dem international maßgeblichen ILO-Konzept von 3,1% (2023) auf 3,4% (2024) zunahm. Obwohl im laufenden Jahr ein weiterer Anstieg auf 3,5% erwartet wird, gehört Deutschland weiterhin zu den fünf Ländern mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten in der EU.

## 2.3 Produktivitätsentwicklung, BIP-Deflator und Verteilungsspielraum

Eine Richtschnur für Lohnabschlüsse ist der Verteilungsspielraum, der sich aus der Produktivitäts- und Preisentwicklung berechnen lässt (DESTATIS 2025c; Lübker/Schulten 2017, S.422). Wird er langfristig ausgeschöpft, stabilisiert dies die funktionale Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital. Die Beschäftigten können in diesem Fall durch Reallohnzuwächse in der Größenordnung der Produktivitätsfortschritte an den gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsgewinnen teilhaben.

1 Sofern nicht anders ausgewiesen beziehen sich die Daten im Europäischen Tarifbericht auf die aktuelle Prognose der Europäischen Kommission (2025), namentlich die AMECO-Datenbank (Version vom 19. Mai 2025). Die erratische Handelspolitik der USA macht wirtschaftliche Prognosen unsicherer. In ihrer Frühlingsprognose geht die Europäische Kommission in ihrem Basisszenario davon aus, dass die USA die allgemeinen Zölle von 10% und 25% auf Stahl, Aluminium und Automobile für den Projektionszeitraum nicht verändern (ebd., S.2).

2 Bezieht sich auf die Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus der AMECO-Datenbank (Version vom 19. Mai 2025), Serienelemente EU27.1.0.0.0.NWTM (verarbeitendes Gewerbe) und EU27.1.0.0.0.NWT5 (Dienstleistungen) sowie DEU.1.0.0.0.NWTM (verarbeitendes Gewerbe) und DEU.1.0.0.0.NWT5 (Dienstleistungen).

3 Vgl. AMECO ESP.1.0.0.0.NWTM (verarbeitendes Gewerbe) und ESP.1.0.0.0.NWT5 (Dienstleistungen).

In diesem Sinne stellt auch die Europäische Mindestlohnrichtlinie auf „langfristige nationale Produktivitätsniveaus und entwicklungen“ als ein verbindliches Kriterium für die Festlegung von Mindestlöhnen ab (Europäisches Parlament/Rat 2022, Art. 5 Abs. (2) d).

Der Zusatz „langfristig“ ist dabei mit Bedacht gewählt, da die Arbeitsproduktivität typischerweise im Konjunkturverlauf schwankt. Eine Kopplung der Lohnerhöhungen an kurzfristige Veränderungen würde prozyklisch und damit destabilisierend wirken (s. a. Lübker/Schulten/Herzog-Stein 2025, S. 30). Abhängig vom gesamtwirtschaftlichen Kontext kann auch ein gezieltes Über- oder Unterschreiten des Verteilungsspielraums sinnvoll sein, um Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren (Herr/Horn 2012). Da die Verteilungsbilanz im Zuge der Inflationskrise deutlich zu Ungunsten des Faktors Arbeit ausgefallen ist, bedingt dies in den meisten EU-Ländern entsprechenden Nachholbedarf seitens der Löhne (Janssen/Lübker 2024, S. 282f.).

Die positive Beschäftigungsentwicklung bei verhaltenem BIP-Wachstum spiegelt sich in einer schwachen Entwicklung der Arbeitsproduktivität wider. Da der Beschäftigungsaufbau im Jahr 2023 das BIP-Wachstum übertroffen hat, ergibt sich EU-weit ein leichter Rückgang um 0,7 %, gefolgt von weitgehender Stagnation im Jahr 2024 (0,2%). Für das laufende Jahr rechnet die Europäische Kommission (2025, S. 43) wieder mit einem leichten Anstieg des Produktivitätswachstums auf 0,6%.

Auch in Deutschland belastet die schwache wirtschaftliche Lage die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Nach Rückgängen in den Jahren 2023 (-1,0%) und 2024 (-0,4%) dürfte sie im laufenden Jahr stagnieren (0,1%). Eine Umfrage der Bundesbank (2025a) legt nahe, dass 2024 rund ein Viertel der Unternehmen trotz geringer Auslastung betriebsbedingte Entlassungen vermieden haben und Arbeitskräfte „horteten“. Ausschlaggebend hierfür war die „Hoffnung auf eine bessere Geschäftstätigkeit und die Sorge vor Arbeitskräfteknappheit“ in der Zukunft (ebd.). Für das Jahr 2026 erwartet das IMK eine wirtschaftliche Erholung für Deutschland und eine Zunahme der Arbeitsproduktivität um 1,0%, in erster Linie bedingt durch das Investitionspaket der Bundesregierung (Dullien et al. 2025, S. 20).

Der rechnerische Verteilungsspielraum geht deshalb vor allem auf die Preisentwicklung zurück. Diese wird in **Tabelle 2** anhand des BIP-Deflators dargestellt, der die Preisentwicklung der inländischen

Wertschöpfung misst. Anders als der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI), der nachfolgend zur Preisbereinigung der Löhne verwendet wird, ist der BIP-Deflator weitgehend unabhängig von Veränderungen der Importpreise. Während sich HVPI und BIP-Deflator oft parallel zueinander entwickeln, hat sich der Zusammenhang im Zuge des Energiepreisschocks und des anschließenden Rückgangs der Importpreise für fossile Energieträger abgeschwächt. Die beiden Preisindizes haben eine komplementäre Funktion: Während mit dem BIP-Deflator das verteilungsneutrale Nominallohnwachstum berechnet wird, werden mit dem HVPI die Kaufkraftveränderungen aus Sicht der Beschäftigten dargestellt (Janssen/Lübker 2023, S. 282f.).

Der BIP-Deflator hat sich in der Europäischen Union in den Jahren 2022 (5,8%) und 2023 (6,1%) deutlich oberhalb der historischen Norm entwickelt, was zu einem wesentlichen Teil auf steigende Gewinne zurückging (Janssen/Lübker 2023, S. 290ff.). Auch in Deutschland haben die Stückgewinne einen „deutlichen Beitrag zur Preissteigerung jenseits des Inflationsziels“ geleistet und sind zudem „früher und schneller angestiegen als die Lohnstückkosten, sodass man von einer gewinninduzierten Inflation sprechen kann“ (Dullien et al. 2023, S. 1). Entgegen Befürchtungen, dass sich die hohe Inflation durch eine Lohn-Preis-Spirale verfestigt (Obst/Stockhausen 2023), hat sich die Wachstumsrate des BIP-Deflators in Deutschland im Jahr 2024 (3,1%) deutlich abgeschwächt und dürfte im laufenden Jahr (2,4%) weiter rückläufig sein. Dies gilt ähnlich für die gesamte Europäische Union (2,7%).

Parallel zur Entwicklung des BIP-Deflators ist der rechnerische Verteilungsspielraum in der EU in den Jahren 2022 (7,1%) und 2023 (5,4%) sehr hoch ausgefallen und hat sich 2024 (3,4%) wieder normalisiert. Für das laufende Jahr lässt sich aus den Prognosen der Europäischen Kommission mit 3,3% ein ähnlicher Wert ableiten. Dies liegt in der Nähe des Richtwerts von 3%, den die EZB nach der Faustformel „2% Inflationsziel der EZB plus 1% Trendwachstum der Produktivität“ als mit einer stabilen Preisentwicklung vereinbar erachtet (Lane 2024). Während dies für geringere Lohnabschlüsse spricht, gibt es jedoch aufgrund der Unteraus-schöpfung des Verteilungsspielraums im Zuge der Inflationskrise in vielen Ländern weiterhin Nachholbedarf (Janssen/Lübker 2024, S. 282ff.), sodass auch aus geldpolitischer Sicht ein Überschreiten des Verteilungsspielraums unproblematisch ist.

## Arbeitsproduktivität, Preisentwicklung der inländischen Wertschöpfung und Verteilungsspielraum in der Europäischen Union, 2022 – 2025\*

Angaben in Prozent

|                   | Arbeitsproduktivität |             |            |            | BIP Deflator |            |            |            | Verteilungsspielraum |            |            |            |
|-------------------|----------------------|-------------|------------|------------|--------------|------------|------------|------------|----------------------|------------|------------|------------|
|                   | 2022                 | 2023        | 2024       | 2025       | 2022         | 2023       | 2024       | 2025       | 2022                 | 2023       | 2024       | 2025       |
| <b>Nordeuropa</b> |                      |             |            |            |              |            |            |            |                      |            |            |            |
| Dänemark          | -2,4                 | 1,1         | 2,8        | 3,1        | 9,1          | -3,8       | 1,8        | 1,7        | 6,5                  | -2,7       | 4,7        | 4,9        |
| Finnland          | -2,7                 | -1,8        | 0,4        | 0,8        | 6,2          | 3,5        | 1,4        | 1,8        | 3,4                  | 1,6        | 1,8        | 2,6        |
| Schweden          | -2,0                 | -1,3        | 1,3        | 0,9        | 5,8          | 6,0        | 2,8        | 1,7        | 3,7                  | 4,7        | 4,1        | 2,6        |
| <b>Westeuropa</b> |                      |             |            |            |              |            |            |            |                      |            |            |            |
| Belgien           | 2,3                  | 0,4         | 0,7        | 0,4        | 6,8          | 4,5        | 1,9        | 2,8        | 9,3                  | 4,9        | 2,6        | 3,3        |
| Deutschland       | 0,0                  | -1,0        | -0,4       | 0,1        | 6,1          | 6,1        | 3,1        | 2,4        | 6,1                  | 5,1        | 2,7        | 2,6        |
| Frankreich        | 0,2                  | -0,1        | 0,6        | 0,7        | 3,2          | 5,3        | 2,3        | 1,7        | 3,4                  | 5,2        | 2,9        | 2,5        |
| Irland            | 1,6                  | -8,7        | -1,4       | 1,6        | 6,8          | 3,6        | 3,3        | 2,7        | 8,5                  | -5,4       | 1,9        | 4,4        |
| Luxemburg         | -4,3                 | -2,8        | -0,1       | 0,4        | 6,2          | 6,3        | 5,2        | 2,5        | 1,7                  | 3,3        | 5,1        | 2,9        |
| Niederlande       | 1,1                  | -1,5        | -0,1       | 0,9        | 6,2          | 7,3        | 5,2        | 3,7        | 7,3                  | 5,7        | 5,1        | 4,7        |
| Österreich        | 2,6                  | -1,8        | -1,2       | -0,4       | 4,8          | 6,6        | 3,1        | 3,5        | 7,5                  | 4,8        | 1,8        | 3,1        |
| <b>Südeuropa</b>  |                      |             |            |            |              |            |            |            |                      |            |            |            |
| Griechenland      | 3,2                  | 1,1         | 1,0        | 1,1        | 6,5          | 5,9        | 3,2        | 3,4        | 9,9                  | 7,0        | 4,2        | 4,6        |
| Italien           | 2,8                  | -1,2        | -0,9       | -0,3       | 3,5          | 5,9        | 2,1        | 2,2        | 6,4                  | 4,7        | 1,2        | 2,0        |
| Malta             | -0,6                 | 0,0         | 0,8        | 1,0        | 5,1          | 5,3        | 3,2        | 2,5        | 4,4                  | 5,2        | 4,0        | 3,5        |
| Portugal          | 3,1                  | 1,5         | 0,3        | 0,7        | 5,3          | 7,0        | 4,4        | 3,1        | 8,6                  | 8,7        | 4,8        | 3,9        |
| Spanien           | 2,6                  | -0,3        | 0,9        | 0,4        | 4,7          | 6,2        | 3,0        | 2,3        | 7,4                  | 5,9        | 3,9        | 2,7        |
| Zypern            | 3,0                  | 1,3         | 1,4        | 1,7        | 6,7          | 3,8        | 3,5        | 2,6        | 9,9                  | 5,2        | 5,0        | 4,3        |
| <b>Osteuropa</b>  |                      |             |            |            |              |            |            |            |                      |            |            |            |
| Bulgarien         | 3,0                  | 0,8         | 1,7        | 1,7        | 15,9         | 8,0        | 6,5        | 5,4        | 19,3                 | 8,9        | 8,4        | 7,1        |
| Estland           | -4,3                 | -6,0        | -0,5       | 1,2        | 15,8         | 8,1        | 3,7        | 3,9        | 10,8                 | 1,5        | 3,3        | 5,1        |
| Kroatien          | 5,0                  | 1,1         | -2,0       | 0,6        | 8,0          | 11,7       | 5,5        | 4,3        | 13,4                 | 12,9       | 3,4        | 4,9        |
| Lettland          | 1,6                  | 2,7         | 0,5        | 0,9        | 9,8          | 6,0        | 2,6        | 3,9        | 11,6                 | 8,9        | 3,1        | 4,9        |
| Litauen           | -2,3                 | -1,1        | 1,0        | 2,4        | 16,1         | 9,0        | 3,4        | 3,6        | 13,4                 | 7,9        | 4,4        | 6,1        |
| Polen             | 4,1                  | 0,2         | 3,7        | 3,2        | 10,7         | 9,9        | 3,6        | 4,2        | 15,2                 | 10,0       | 7,4        | 7,5        |
| Rumänien          | 3,2                  | 4,0         | -1,0       | 0,8        | 12,1         | 12,8       | 8,8        | 6,5        | 15,7                 | 17,2       | 7,7        | 7,3        |
| Slowakei          | -1,3                 | 1,9         | 2,2        | 1,6        | 7,5          | 10,1       | 3,6        | 3,9        | 6,1                  | 12,2       | 5,9        | 5,5        |
| Slowenien         | -0,2                 | 0,5         | 1,4        | 1,4        | 6,5          | 10,1       | 3,1        | 2,8        | 6,3                  | 10,6       | 4,6        | 4,2        |
| Tschechien        | 1,8                  | -1,1        | 0,8        | 1,5        | 8,7          | 8,1        | 4,0        | 2,9        | 10,6                 | 7,0        | 4,8        | 4,5        |
| Ungarn            | 2,7                  | -1,1        | 0,4        | 0,8        | 14,2         | 15,2       | 7,3        | 4,9        | 17,3                 | 13,9       | 7,7        | 5,7        |
| <b>EU-27</b>      | <b>1,2</b>           | <b>-0,7</b> | <b>0,2</b> | <b>0,6</b> | <b>5,8</b>   | <b>6,1</b> | <b>3,1</b> | <b>2,7</b> | <b>7,1</b>           | <b>5,4</b> | <b>3,4</b> | <b>3,3</b> |

**Anmerkungen:****BIP-Deflator** = aus dem Unterschied zwischen nominaler und realer Entwicklung des BIPs abgeleiteter Preisindex.**Verteilungsspielraum** = Produkt aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung (basierend auf dem BIP-Deflator).

\* Angaben für 2025: Prognose der Europäischen Kommission.

### 3 DIE ENTWICKLUNG DER TARIFLÖHNE

#### 3.1 Der EZB-Tariflohnindikator

Der Tariflohnindikator der EZB<sup>4</sup> bestätigt, dass die Tariflöhne in der Eurozone noch im Jahr 2022 – am Höhepunkt der Inflationskrise – mit 2,9% sehr moderat gewachsen sind. Sie blieben deutlich unter dem rechnerischen Verteilungsspielraum und fielen hinter die Inflationsrate zurück, was in einem historisch hohen Kaufkraftverlust der Tariflöhne von 5,0% mündete (Abbildung 1). Bedingt durch die langen Laufzeiten von Tarifverträgen konnten die Gewerkschaften erst 2023 (4,4%) und 2024 (4,5%) höhere nominale Abschlüsse durchsetzen, häufig

erst nach konfliktreichen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern.

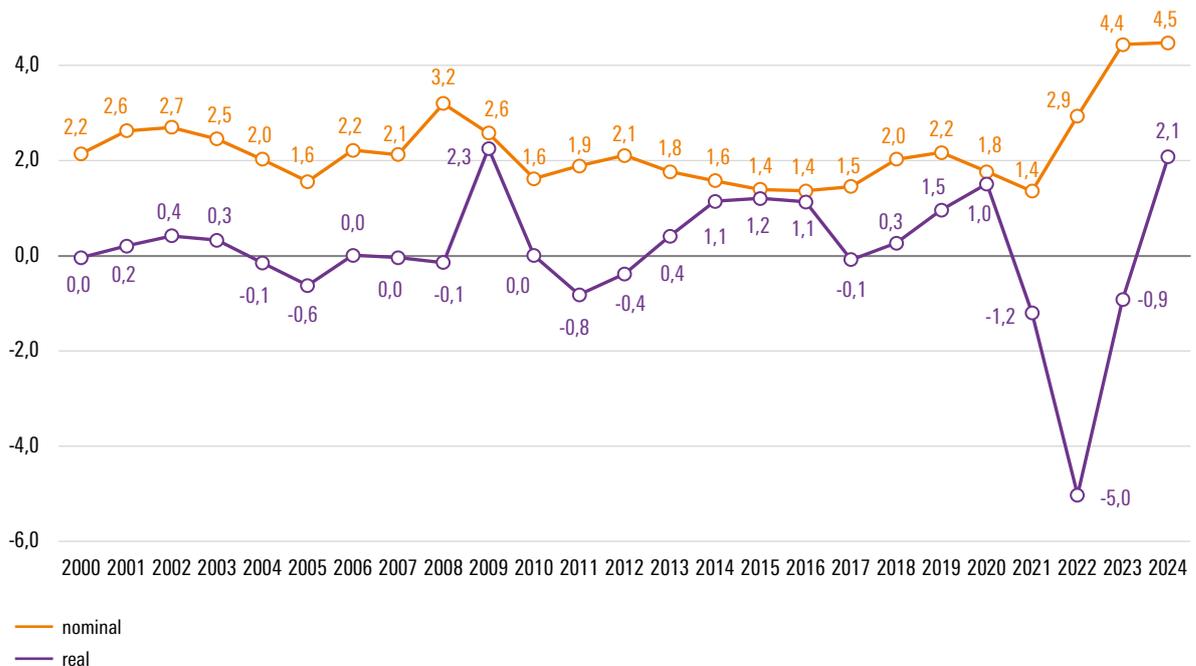
Aufgrund der weiterhin hohen Inflation bedeutete dies im Jahr 2023 im Aggregat des Euroraums trotzdem noch einen realen Rückgang um 0,9%. Erst das Jahr 2024 brachte positive Nachrichten für die Beschäftigten: Inflationsbereinigt stiegen die Tariflöhne im Vergleich zum Vorjahr um 2,1% und sorgten so für die erste Kaufkraftsteigerung seit 2020. Trotzdem lagen die realen Tariflöhne auch im Jahr 2024 in der Eurozone noch 5,1% unterhalb des Jahres 2020 (nicht tabellarisch ausgewiesen), sodass der Aufholprozess noch nicht abgeschlossen ist. Auch dies erklärt die weiterhin hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Die Analyse der vierteljährlichen Daten (Abbildung 2) bestätigt, dass die Tariflöhne deutlich verzögert auf den Preisschock reagiert haben: Über alle Quartale des Jahres 2022 lag das nominale Tariflohnwachstum bei rund 3%, erst ab dem 1. Quartal 2023 sind Steigerungsraten von mehr als 4% zu beobachten. Da die Effektivlöhne, also die tatsächlich gezahlten Löhne inklusive außertariflicher Leistungen, in diesem Zeitraum deutlich stärker anzogen, kam es bis ins 3. Quartal 2023 zu einer

<sup>4</sup> Der Tariflohnindikator der EZB bildet die Ergebnisse von Tarifverhandlungen in der Euro-Währungsunion ab. Er greift auf nicht-harmonisierte Daten aus neun Ländern zurück, die zusammen 94% des Arbeitnehmerentgelts im Euro-Raum repräsentieren (Górnicka/Koester 2024, S.9ff.).

Abbildung 1

Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2000–2024  
Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



**Anmerkung:**  
Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

positiven Lohndrift. Eine ähnliche Entwicklung war auch in Deutschland zu beobachten (Deutsche Bundesbank 2024, S.24). Die Aufholbewegung setzte sich auch im Jahr 2024 fort. Doch war die Entwicklung der Tariflöhne im vergangenen Jahr aufgrund zeitversetzter Lohnanpassungen und Einmalzahlungen in den einzelnen EU-Ländern und Branchen sehr volatil (EZB 2024, S. 4, 21).

Derzeit deutet sich ein Abflachen der Tariflohnentwicklung an: Bereits im 4. Quartal 2024 sind die Tarifverdienste mit 4,1% deutlich schwächer gestiegen als im Vorquartal, das mit 5,4% den vorläufigen Höhepunkt markiert. Im 1. Quartal 2025 setzte sich mit einem Wert von 2,4% der abfallende Trend fort. In Deutschland ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten: Während die Tarifverdienste im 4. Quartal 2024 noch um 5,8% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen waren, waren es im 1. Quartal 2025 nur noch 0,9% (Deutsche Bundesbank 2025).

Ein wesentlicher Grund dafür ist das Auslaufen von tariflichen Einmalzahlungen, die im Jahr 2024 zur Abmilderung der Inflationseffekte beigetragen haben. Auch in Deutschland sind die staatlichen Sonderregeln zum Ende des Jahres 2024 ausgelaufen, welche die Inflationsausgleichsprämien

von Steuern und Sozialabgaben befreit hatten. Der Wegfall der nicht tabellenwirksamen Einmalzahlungen wirkt sich dämpfend auf die Tariflohnentwicklung aus (Schulten/WSI-Tarifarchiv 2025, S.8; Holton/Koester 2024; Bispinck 2023).<sup>5</sup>

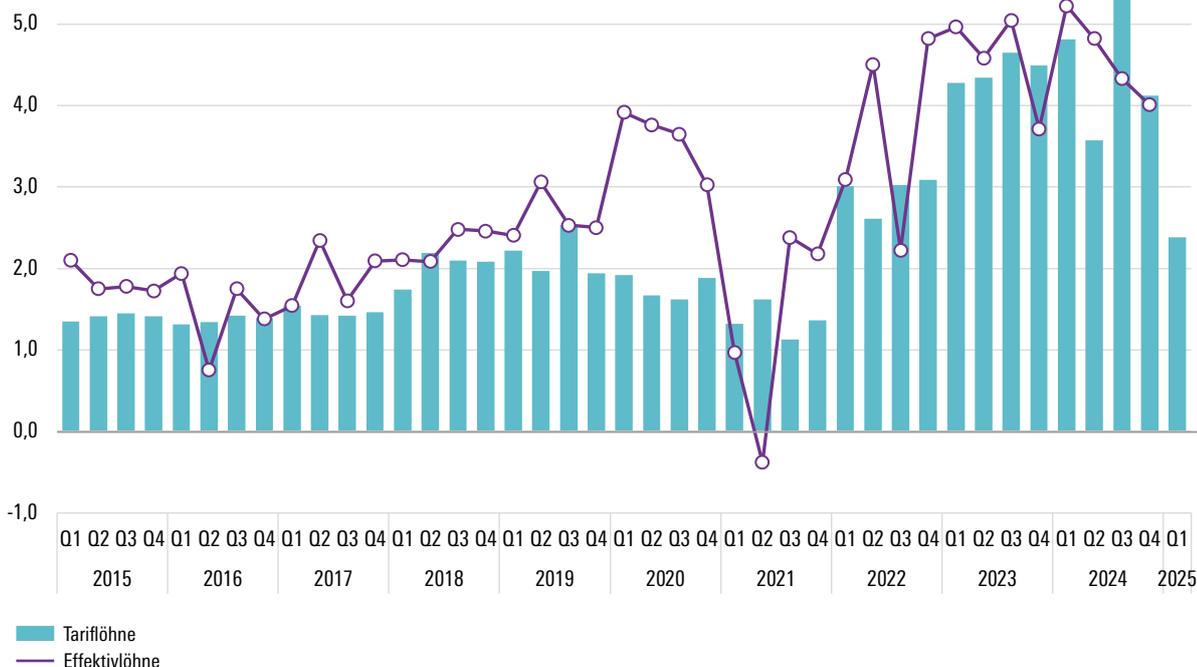
Für das laufende Jahr 2025 sieht die EZB auf Grundlage des Forward-looking Wage Tracker<sup>6</sup> einen „steilen Abwärtstrend“ bei den Steigerungen der Tarifverdienste in der Eurozone voraus. Während damit aus geldpolitischer Sicht kein Inflationsdruck mehr von den Tariflöhnen ausgeht, würde dies für die Beschäftigten bedeuten, dass die Aufholbewegung der Tariflöhne zum Erliegen kommt, bevor die Kaufkraftverluste vollständig ausgeglichen worden sind.

- 5 Bei den Effektivlöhnen, also den tatsächlich gezahlten Stundenlöhnen, die auch außertarifliche Zulagen beinhalten, zeigt sich bereits seit dem Höhepunkt im 1. Quartal 2024 (5,2%) ein Abwärtstrend, der sich bis zum 4. Quartal (4,0%) fortgesetzt hat.
- 6 Der Forward-looking Wage Tracker der EZB erlaubt anhand von bereits vereinbarten, zukünftigen Stufenerhöhungen in Tarifverträgen aus sieben Euro-Ländern einen Ausblick auf die künftige Tarifentwicklung (Górnicka/Koester 2024).

Abbildung 2

### Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne in der Euro-Zone, 2015–2024/25

Veränderungen zum Vorjahresquartal in Prozent



**Anmerkungen:**

Effektivlöhne beziehen sich auf NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S (d. h. Gesamtwirtschaft ohne Landwirtschaft, ohne private Haushalte als Arbeitgeber und ohne extraterritoriale Organisationen) ohne Berücksichtigung der Lohnnebenkosten. Die Daten sind kalenderbereinigt, aber nicht saisonbereinigt.

### 3.2 Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten

Vorab verfügbare Daten der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)<sup>7</sup> aus elf EU-Mitgliedstaaten zeigen kein einheitliches Bild (Abbildung 3): Wie im Vorjahr verzeichnete Österreich 2024 überdurchschnittliche Zuwächse der nominalen Tariflöhne (8,5%), ebenso wie Portugal (7,3%) oder die Slowakei (7,1%). Deutschland (5,4%)<sup>8</sup> liegt im Mittelfeld, während Frankreich (2,8%), Italien (3,1%) und

Spanien (3,1%) am unteren Ende der Skala zu finden sind.

Die Tariflöhne stiegen in allen ausgewiesenen EU-Ländern auch preisbereinigt an: Vor dem Hintergrund sinkender Inflationsraten schlugen sich vergleichsweise hohe nominale Tarifabschlüsse teilweise in beachtlichen Kaufkraftgewinnen nieder, so in Österreich (5,4%) und Portugal (4,5%). Auch in Deutschland (2,8%) und Tschechien (2,9%) gab es spürbare Verbesserungen. Kaum hinzugewonnen konnten 2024 die Beschäftigten in Frankreich (0,5%) und Spanien (0,2%). Bei der Betrachtung der jährlichen Zuwachsraten muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich die zeitliche Entwicklung der Tariflöhne bisweilen deutlich unterscheidet. Es ist daher sinnvoll, die Entwicklung der Tariflöhne über einen längeren Zeitraum zu betrachten.

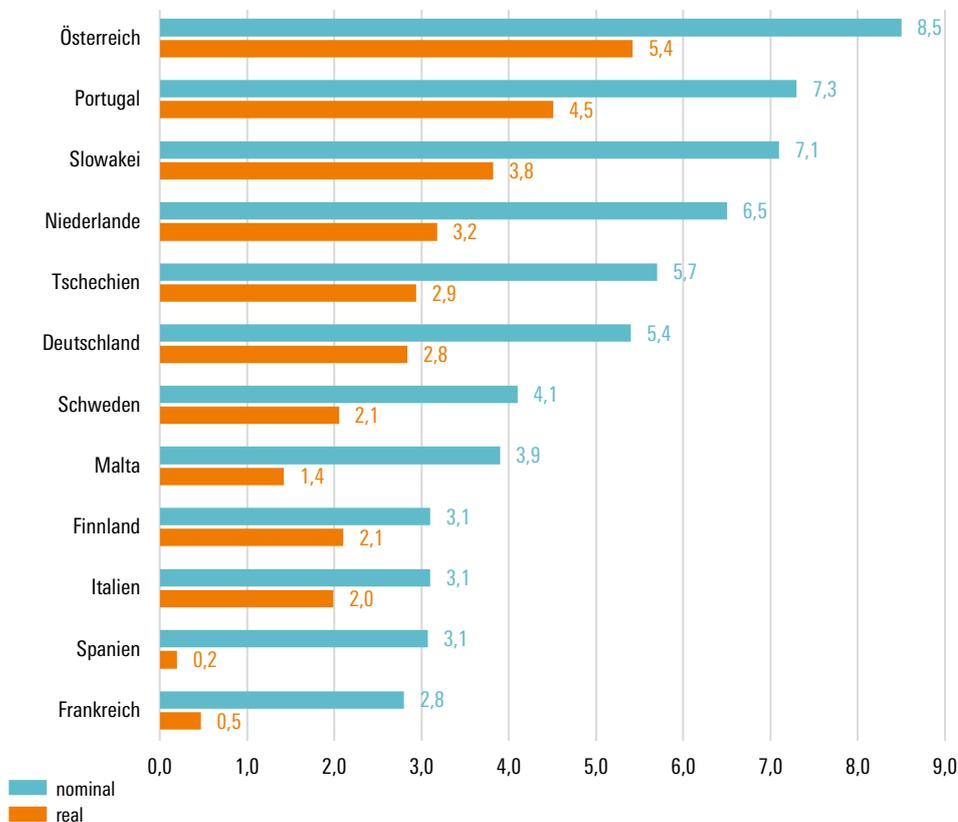
Nimmt man das Jahr 2020 als Ausgangspunkt (Indexwert = 100), so haben die realen Tariflöhne in fast allen ausgewiesenen EU-Ländern 2024 – trotz zum Teil intensiver Arbeitskämpfe – noch nicht wieder das Niveau erreicht, das sie zu Beginn der Pandemie hatten. Besonders drastisch sind die Verluste in Tschechien (-11,4%) und Italien (-9,1%). Aber

- 7 Wir danken Felix Appler, Mária Sedláková und Christine Aumayr-Pintar von Eurofound, die uns für das Jahr 2024 freundlicherweise vorab Daten zur Tariflohnentwicklung zur Verfügung gestellt haben.
- 8 Die von Eurofound genutzten Daten für Deutschland entstammen dem Tarifpolitischen Jahresbericht des WSI-Tarifarchivs (Schulten/WSI-Tarifarchiv 2025). Sie weichen von den Daten des Statistischen Bundesamts (DESTATIS) aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden ab (Schulten/WSI-Tarifarchiv 2024, S. 9f.; DESTATIS 2021, S. 8). DESTATIS (2025a) meldet für das Jahr 2024 ein Wachstum der Tariflöhne um 4,8%.

Abbildung 3

#### Entwicklung der Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2024\*

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



\* Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten teilweise noch vorläufig.

Quelle: Eurofound (im Erscheinen), Developments in work; AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 19. Mai 2025); Berechnungen des WSI.

auch in Frankreich (-3,3%), Spanien (-5,6%) und Deutschland (-4,7%) gibt es weiterhin großen Aufholbedarf (Abbildung 4). Für Deutschland werden hier die Zahlen des WSI-Tarifarchivs zugrunde gelegt. Verwendet man stattdessen den Tarifindex von DE-STATIS, ist der Verlust gegenüber 2020 deutlich größer: Inklusive Sonderzahlungen lagen die Tariflöhne im vergangenen Jahr preisbereinigt noch immer um 7,8% unterhalb des Ausgangsniveaus, ohne Sonderzahlungen sogar um fast 10%.<sup>9</sup>

Auffällig ist der Einbruch der realen Tariflöhne im Jahr 2022, dem Höhepunkt des Inflationsschubs. Während die Teuerungsrate im EU-Mittel 9,2% betrug (Tabelle 3), stiegen die Tariflöhne zu diesem Zeitpunkt weiterhin nur sehr moderat: Im Median der zwölf Länder, für die Daten von Eurofound vorliegen, betrug das nominale Wachstum gerade einmal 3,1% und fiel damit ausnahmslos hinter die Inflationsrate zurück (nicht tabellarisch ausgewiesen).

Damit bestätigt sich der Befund, der bereits oben auf Basis des EZB-Tariflohnindicators gemacht wurde. Ausnahme von dem generellen Bild sind, wie bereits oben erwähnt, Frankreich und Belgien, wo durch die automatische Indexierung der Tariflöhne bzw. die Kopplung vieler Tarifverträge an den indexierten Mindestlohn zum Teil schnellere Anpassungen an die Preisentwicklung erfolgten (de Spiegelaere 2023).

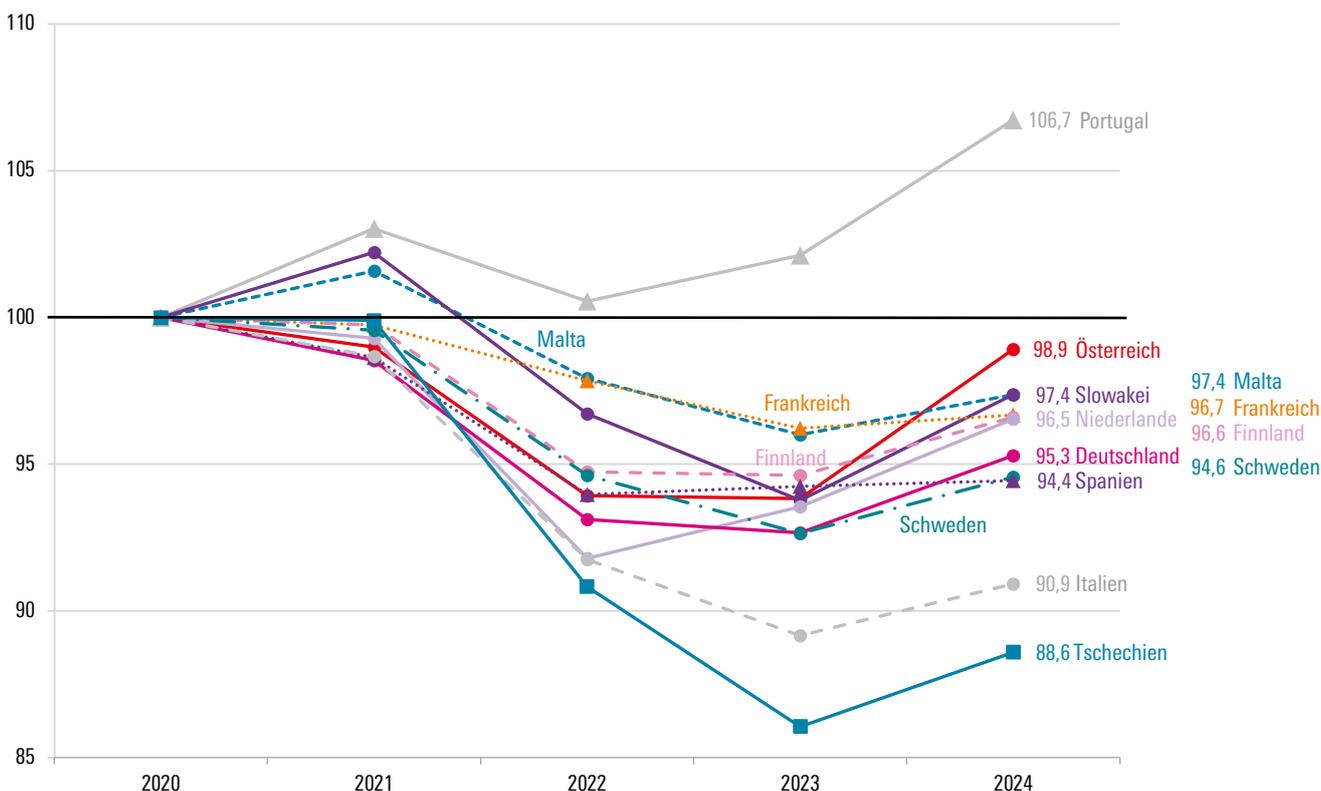
Neben den Tariflöhnen prägen auch die gesetzlichen Mindestlöhne das Lohngeschehen in den 22 EU-Staaten, die eine allgemeine Lohnuntergrenze haben. Da Geringverdienende besonders von der Lebenshaltungskostenkrise betroffen sind, kommt der Höhe der Mindestlöhne aktuell eine entscheidende Bedeutung zu (Lübker/Schulten 2023). Anders als bei den Tariflöhnen gelang hier während der Inflationskrise zumindest im Mittel der EU eine Sicherung der Kaufkraft. So stiegen die Mindestlöhne im EU-Durchschnitt zum 1. Januar 2025 real um 3,8% gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt, nachdem sie bereits zuvor preisbereinigt um 2,4% (2024), 0,4% (2023) und 1,4% (2021) gestiegen waren (Lübker/Schulten 2025).

<sup>9</sup> Die Berechnung beruht auf der Genesis-Datenbank (Seriencode 62221-0001) und dem HVPI aus der AMECO-Datenbank (Stand: 19. Mai 2025).

Abbildung 4

### Entwicklung der realen Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2020–2024\*

Index, 2020 = 100



\* Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten teilweise noch vorläufig.

## 4 DIE ENTWICKLUNG DER EFFEKTIVLÖHNE

### 4.1 Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen

Für die Entwicklung der Kaufkraft der Beschäftigten ist das Zusammenspiel von tatsächlich gezahlten Löhnen – den Effektivlöhnen – und Veränderungen der Verbraucherpreise entscheidend. Im Europäischen Tarifbericht werden die Effektivlöhne auf Basis der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission als Arbeitnehmerentgelte pro Beschäftigten approximiert. Für die Preisentwicklung wird der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) verwendet, der europaweit nach einheitlichen Regeln berechnet wird (Eurostat 2024). Aus beiden Indikatoren wird in **Tabelle 3** die Entwicklung der Reallöhne abgeleitet.

Die Daten verdeutlichen, dass auch die Nominallöhne dem Anstieg der Verbraucherpreise erst mit erheblicher Verzögerung gefolgt sind: EU-weit hat die Inflation im Jahr 2022 mit 9,2% ihren Höhepunkt erreicht und ist dann in den Jahren 2023 (6,4%) und 2024 (2,6%) deutlich gefallen. Für das laufende Jahr dürfte die Inflation in der EU weiter auf 2,3% zurückgehen und in der Eurozone auf mittlere Sicht wieder nah am Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2% liegen (EZB 2025a, S. 3). Die Wachstumsrate der Nominallöhne blieb sowohl 2022 (4,8%) als auch 2023 (6,0%) hinter der Inflationsrate zurück. Im Jahr 2024 (5,3%) und den Prognosen der Europäischen Kommission zufolge auch im Jahr 2025 (3,8%) schwächt sich das Nominallohnwachstum wieder deutlich ab. Auch die Europäische Zentralbank (EZB 2025c, S. 23) erwartet für die Eurozone eine weitere Abschwächung der Lohndynamik von 3,4% im Jahr 2025 auf 2,6% im Jahr 2027.

Der Nachholeffekt lässt sich auch anhand der Reallöhne darstellen: Diese sind in der EU aufgrund des Inflationsschubs im Jahr 2022 (-4,0%) eingebrochen, was die Beschäftigten zu „Inflationsverlierern“ gemacht hat (Janssen/Lübker 2023, S. 290). Nach einem Jahr der Stagnation (2023: -0,4%) setzt die Erholung erst 2024 (2,6%) ein, verliert aber im laufenden Jahr 2025 (1,5%) voraussichtlich schon wieder an Fahrt. Selbst unter der Annahme, dass die Inflation auf den EZB-Zielwert von 2% zurückgeht, sind gemäß der EZB-Projektion für die Eurozone in den kommenden beiden Jahren nur minimale Reallohngegewinne zu erwarten (EZB 2025c, S. 23).

Die Bilanz der Inflationskrise erinnert an ein Glas Wasser, das entweder halb voll oder halb leer ist: Einerseits sind die Reallohnverluste bei den Effektivlöhnen inzwischen – im Gegensatz zur Entwicklung bei den Tariflöhnen – weitgehend ausgeglichen. Andererseits impliziert dies mehre-

re Jahre der Stagnation, wobei wenig Aussicht auf eine Besserung in naher Zukunft besteht. Die Reallohnentwicklung bleibt damit deutlich hinter dem zurück, was vor Zuspitzung der Inflation im Jahr 2022 zu erwarten war (Janssen/Lübker 2024, S. 284ff.). Auch in diesem Sinne belastet die Krise die Beschäftigten weiterhin.

Auffällig ist im Rückblick, wie unterschiedlich stark sich der Inflationsschock in den einzelnen Ländern auf die Reallöhne ausgewirkt hat. Die Deutsche Bundesbank (2024, S. 88) verweist auf Unterschiede in der Abhängigkeit von Energieimporten und bezüglich staatlicher Eingriffe in die Märkte. So deckelte Frankreich schon im Herbst 2022 die Energiepreise und federte so die Kaufkraftverluste der Beschäftigten ab, während Deutschland zögerlicher agierte (ebd.; s.a. Krebs/Weber 2024). In Estland, das seinen Bedarf an Erdgas und Motorkraftstoffen vor Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine weitgehend durch Importe aus Russland gedeckt hatte, stiegen die Energiepreise hingegen etwa doppelt so stark wie im Rest der Eurozone (Lepmets 2023). Dies hatte entsprechend negative Rückwirkungen auf Inflation und Reallöhne.

Um die Diskrepanz zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu verdeutlichen, wird in **Abbildung 5** die kumulative Entwicklung der Reallöhne in der Europäischen Union von 2022 bis 2025 dargestellt.<sup>10</sup> Verglichen mit dem Ausgangsjahr 2021 steht für die EU insgesamt nach der Prognose der Europäischen Kommission für das laufende Jahr noch immer ein Reallohnverlust von 0,5% zu Buche. Dies gilt in gleichem Ausmaß für Deutschland (-0,5%), die größte Volkswirtschaft der EU. Gleich man die Daten der AMECO-Datenbank mit nationalen Quellen ab, so bestätigt sich das Bild der unvollständigen Erholung: Der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Reallohnindex lag im Jahr 2024 noch 1,0% unterhalb des Niveaus des Jahres 2021.<sup>11</sup> Auch die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesenen Indikatoren für das Arbeitnehmerentgelt und die Bruttolöhne und -gehälter haben, mit dem HVPI preisbereinigt, das Niveau des Jahres 2021 noch nicht wieder erreicht (DESTATIS 2025b).

Neben Estland (-7,9%) verharren die Reallöhne auch in Finnland (-5,0%) und Schweden (-2,1%) deutlich unterhalb ihres Ausgangsniveaus. In den beiden letztgenannten Ländern belasten die schwache Konjunktur und die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit die Lohnentwicklung (Europäische Kommission 2025, S. 128f. und 144f.).

<sup>10</sup> Im Europäischen Tarifbericht wird, wie oben dargelegt, der HVPI zur Preisbereinigung verwendet. Im Unterschied dazu verwendet die Europäische Kommission (2025) zur Berechnung der Reallöhne den Preisindex für den privaten Konsum, was zu geringfügigen Abweichungen zwischen beiden Veröffentlichungen führen kann.

<sup>11</sup> Vgl. Genesis-Datenbank, Serieneintrag 62361-0020.

## Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen in der Europäischen Union, 2022–2025\*

Angaben in Prozent

|                   | Nominallöhne |            |            |            | Verbraucherpreise (HVPI) |            |            |            | Reallöhne   |             |            |            |
|-------------------|--------------|------------|------------|------------|--------------------------|------------|------------|------------|-------------|-------------|------------|------------|
|                   | 2022         | 2023       | 2024       | 2025       | 2022                     | 2023       | 2024       | 2025       | 2022        | 2023        | 2024       | 2025       |
| <b>Nordeuropa</b> |              |            |            |            |                          |            |            |            |             |             |            |            |
| Dänemark          | 2,6          | 3,1        | 4,4        | 3,9        | 8,5                      | 3,4        | 1,3        | 1,6        | -5,5        | -0,2        | 3,1        | 2,3        |
| Finnland          | 2,5          | 3,4        | 0,5        | 2,3        | 7,2                      | 4,3        | 1,0        | 1,7        | -4,3        | -0,9        | -0,4       | 0,6        |
| Schweden          | 2,1          | 5,4        | 4,7        | 3,7        | 8,1                      | 5,9        | 2,0        | 2,2        | -5,5        | -0,5        | 2,7        | 1,4        |
| <b>Westeuropa</b> |              |            |            |            |                          |            |            |            |             |             |            |            |
| Belgien           | 7,5          | 8,0        | 2,9        | 3,6        | 10,3                     | 2,3        | 4,3        | 2,8        | -2,6        | 5,6         | -1,4       | 0,8        |
| Deutschland       | 4,3          | 5,8        | 5,2        | 3,4        | 8,7                      | 6,0        | 2,5        | 2,4        | -4,0        | -0,2        | 2,7        | 1,1        |
| Frankreich        | 4,8          | 4,2        | 3,2        | 2,5        | 5,9                      | 5,7        | 2,3        | 0,9        | -1,0        | -1,4        | 0,8        | 1,6        |
| Irland            | 2,5          | 6,8        | 3,5        | 3,4        | 8,1                      | 5,2        | 1,3        | 1,6        | -5,2        | 1,5         | 2,1        | 1,8        |
| Luxemburg         | 4,5          | 2,4        | 2,2        | 3,8        | 8,2                      | 2,9        | 2,3        | 2,1        | -3,4        | -0,5        | -0,1       | 1,6        |
| Niederlande       | 3,6          | 6,3        | 6,4        | 5,1        | 11,6                     | 4,1        | 3,2        | 3,0        | -7,2        | 2,1         | 3,1        | 2,0        |
| Österreich        | 4,9          | 6,8        | 8,4        | 3,2        | 8,6                      | 7,7        | 2,9        | 2,9        | -3,4        | -0,9        | 5,3        | 0,3        |
| <b>Südeuropa</b>  |              |            |            |            |                          |            |            |            |             |             |            |            |
| Griechenland      | 1,8          | 3,7        | 6,0        | 3,8        | 9,3                      | 4,2        | 3,0        | 2,8        | -6,9        | -0,5        | 2,9        | 0,9        |
| Italien           | 3,7          | 2,9        | 3,4        | 3,4        | 8,7                      | 5,9        | 1,1        | 1,8        | -4,6        | -2,8        | 2,2        | 1,6        |
| Malta             | 5,0          | 2,3        | 5,9        | 4,1        | 6,1                      | 5,6        | 2,4        | 2,2        | -1,1        | -3,1        | 3,3        | 1,9        |
| Portugal          | 5,6          | 8,0        | 8,0        | 4,9        | 8,1                      | 5,3        | 2,7        | 2,1        | -2,3        | 2,6         | 5,2        | 2,6        |
| Spanien           | 4,9          | 5,8        | 5,0        | 3,4        | 8,3                      | 3,4        | 2,9        | 2,3        | -3,2        | 2,4         | 2,1        | 1,1        |
| Zypern            | 7,3          | 5,0        | 4,5        | 3,6        | 8,1                      | 3,9        | 2,3        | 2,0        | -0,8        | 1,1         | 2,2        | 1,5        |
| <b>Osteuropa</b>  |              |            |            |            |                          |            |            |            |             |             |            |            |
| Bulgarien         | 14,2         | 13,4       | 10,4       | 9,6        | 13,0                     | 8,6        | 2,6        | 3,6        | 1,0         | 4,5         | 7,6        | 5,7        |
| Estland           | 8,2          | 8,2        | 5,6        | 4,5        | 19,4                     | 9,1        | 3,7        | 3,8        | -9,4        | -0,9        | 1,8        | 0,7        |
| Kroatien          | 12,3         | 15,9       | 11,2       | 8,8        | 10,7                     | 8,4        | 4,0        | 3,4        | 1,5         | 6,9         | 6,9        | 5,2        |
| Lettland          | 13,1         | 15,6       | 9,1        | 5,5        | 17,2                     | 9,1        | 1,3        | 3,0        | -3,5        | 6,0         | 7,6        | 2,5        |
| Litauen           | 11,6         | 11,9       | 9,1        | 7,6        | 18,9                     | 8,7        | 0,9        | 2,6        | -6,1        | 2,9         | 8,2        | 4,8        |
| Polen             | 12,3         | 14,4       | 12,3       | 6,2        | 13,2                     | 10,9       | 3,7        | 3,6        | -0,8        | 3,2         | 8,3        | 2,5        |
| Rumänien          | 13,7         | 18,1       | 16,6       | 8,9        | 12,0                     | 9,7        | 5,8        | 5,1        | 1,5         | 7,6         | 10,2       | 3,7        |
| Slowakei          | 5,9          | 10,3       | 7,3        | 4,9        | 12,1                     | 11,0       | 3,2        | 4,0        | -5,5        | -0,6        | 4,0        | 0,9        |
| Slowenien         | 5,0          | 9,5        | 6,2        | 5,6        | 9,3                      | 7,2        | 2,0        | 2,1        | -3,9        | 2,1         | 4,2        | 3,5        |
| Tschechien        | 6,9          | 6,7        | 5,9        | 6,5        | 14,8                     | 12,0       | 2,7        | 2,2        | -6,9        | -4,7        | 3,1        | 4,2        |
| Ungarn            | 17,1         | 14,9       | 12,6       | 8,7        | 15,3                     | 17,0       | 3,7        | 4,1        | 1,6         | -1,8        | 8,6        | 4,4        |
| <b>EU-27</b>      | <b>4,8</b>   | <b>6,0</b> | <b>5,3</b> | <b>3,8</b> | <b>9,2</b>               | <b>6,4</b> | <b>2,6</b> | <b>2,3</b> | <b>-4,0</b> | <b>-0,4</b> | <b>2,6</b> | <b>1,5</b> |

### Anmerkungen:

Alle Angaben beruhen auf dem Personenkonzept (nicht auf Vollzeitäquivalenten). Dadurch ergeben sich für Frankreich, die Niederlande, Italien, Spanien sowie die EU-27 Abweichungen zu den Veröffentlichungen der Europäischen Kommission (2025). Die Europäische Kommission verwendet zur Berechnung der Reallöhne im Unterschied zum WSI den Preisindex für den privaten Konsum; auch hierdurch kommt es zu geringfügigen Abweichungen zwischen beiden Veröffentlichungen.

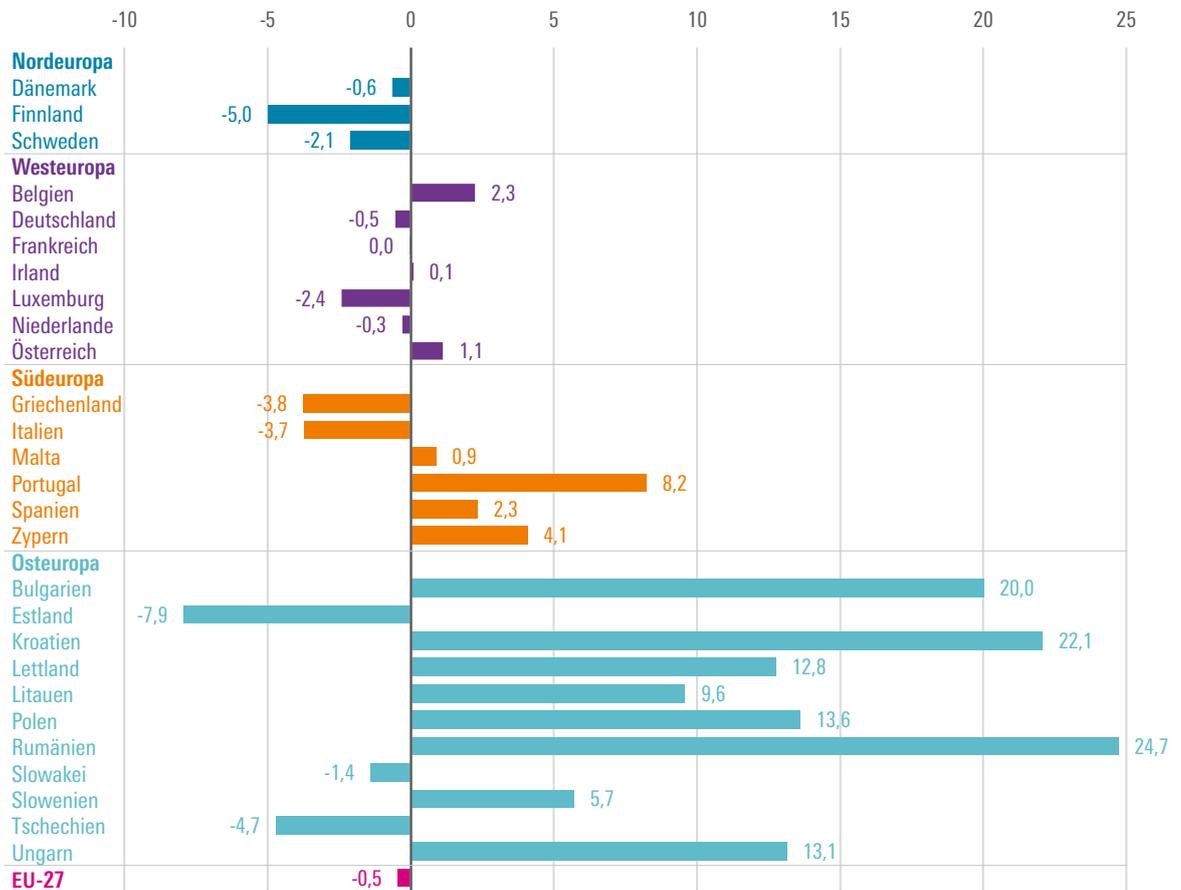
**Nominallöhne** = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer\*in, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt).

**Verbraucherpreise** = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

**Reallöhne** = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer\*in inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt).

\* Angaben für 2025: Prognose der Europäischen Kommission.

**Kumulative Entwicklung der Reallöhne in der Europäischen Union, 2022–2025\***  
in %, Veränderung gegenüber dem Ausgangsniveau im Jahr 2021



**Anmerkung:**

Siehe methodische Anmerkungen zu Tabelle 3.

\* Angaben für 2025: Prognose der Europäischen Kommission

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 19. Mai 2025), Berechnungen des WSI.

**WSI**

Auch Griechenland (-3,8%), Italien (-3,7%) und Tschechien (-4,7%) sind noch weit von einer vollständigen Erholung entfernt. Im Gegensatz dazu sind die Reallöhne in Portugal (8,2%) seit 2021 deutlich gestiegen, begünstigt u.a. durch Fachkräftemangel im IT-Sektor und im Baugewerbe (ebd., S.122). Auch in Osteuropa sind Engpässe am Arbeitsmarkt nach Analyse der Europäischen Kommission (2025, S.142, 104, 132) ein wesentlicher Faktor für Reallohnzuwächse seit dem Jahr 2021, wie beispielsweise in Rumänien (24,7%), Kroatien (22,1%) und Bulgarien (20,0%).

## 4.2 Verteilungsbilanz und funktionale Einkommensverteilung

Aus dem rechnerischen Verteilungsspielraum (Tabelle 2) und der tatsächlichen Nominallohnentwicklung (Tabelle 3) lässt sich die Verteilungsbilanz ableiten (Tabelle 4). Positive Werte stehen für ein Überausschöpfen des Verteilungsspielraums, negative für ein Unterausschöpfen. Werte nahe Null implizieren eine ausgeglichene Verteilungsbilanz und eine weitgehend stabile funktionale Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital. Die Verwerfungen der vergangenen Jahre haben deshalb weitreichende Verteilungswirkungen.

Wie bereits in den Vorjahren thematisiert, haben die Preisanhebungen auf dem Höhepunkt der Inflationskrise zu steigenden Gewinnmargen geführt

**Verteilungsbilanz und Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung, 2022–2025\***

Angaben in Prozentpunkten (Verteilungsbilanz) bzw. Prozent (Lohnquote)

|                   | Verteilungsbilanz |            |            |            | Lohnquote (bereinigt) |             |             |             |
|-------------------|-------------------|------------|------------|------------|-----------------------|-------------|-------------|-------------|
|                   | 2022              | 2023       | 2024       | 2025       | 2022                  | 2023        | 2024        | 2025        |
| <b>Nordeuropa</b> |                   |            |            |            |                       |             |             |             |
| Dänemark          | -4,0              | 5,8        | -0,3       | -1,0       | 50,9                  | 53,9        | 53,8        | 53,3        |
| Finnland          | -0,8              | 1,8        | -1,3       | -0,3       | 53,1                  | 54,0        | 53,3        | 53,2        |
| Schweden          | -1,6              | 0,7        | 0,6        | 1,1        | 49,7                  | 50,0        | 50,3        | 50,8        |
| <b>Westeuropa</b> |                   |            |            |            |                       |             |             |             |
| Belgien           | -1,8              | 3,0        | 0,2        | 0,4        | 57,8                  | 59,4        | 59,6        | 59,8        |
| Deutschland       | -1,8              | 0,8        | 2,5        | 0,9        | 57,6                  | 58,0        | 59,4        | 59,9        |
| Frankreich        | 1,4               | -1,0       | 0,3        | 0,0        | 58,2                  | 57,7        | 57,8        | 57,8        |
| Irland            | -6,0              | 12,2       | 1,6        | -1,0       | 28,7                  | 32,4        | 32,9        | 32,6        |
| Luxemburg         | 2,8               | -0,9       | -3,0       | 0,9        | 52,2                  | 51,7        | 50,3        | 50,7        |
| Niederlande       | -3,6              | 0,6        | 1,3        | 0,3        | 55,2                  | 55,5        | 56,2        | 56,4        |
| Österreich        | -2,6              | 2,0        | 6,6        | 0,1        | 55,2                  | 56,2        | 59,9        | 60,0        |
| <b>Südeuropa</b>  |                   |            |            |            |                       |             |             |             |
| Griechenland      | -8,2              | -3,4       | 1,8        | -0,8       | 48,4                  | 46,9        | 47,7        | 47,3        |
| Italien           | -2,7              | -1,7       | 2,2        | 1,4        | 51,1                  | 50,3        | 51,4        | 52,1        |
| Malta             | 0,6               | -3,0       | 1,8        | 0,5        | 48,7                  | 47,4        | 48,2        | 48,4        |
| Portugal          | -3,1              | -0,6       | 3,2        | 1,0        | 55,2                  | 54,9        | 56,6        | 57,1        |
| Spanien           | -2,5              | 0,0        | 1,1        | 0,7        | 55,9                  | 55,9        | 56,5        | 56,8        |
| Zypern            | -2,7              | -0,1       | -0,4       | -0,7       | 48,9                  | 48,8        | 48,6        | 48,3        |
| <b>Osteuropa</b>  |                   |            |            |            |                       |             |             |             |
| Bulgarien         | -5,2              | 4,6        | 2,0        | 2,4        | 55,1                  | 57,5        | 58,5        | 59,9        |
| Estland           | -2,6              | 6,7        | 2,3        | -0,6       | 52,5                  | 56,0        | 57,2        | 56,9        |
| Kroatien          | -1,1              | 2,9        | 7,9        | 3,9        | 51,4                  | 52,7        | 56,8        | 58,9        |
| Lettland          | 1,5               | 6,7        | 6,0        | 0,7        | 57,3                  | 60,9        | 64,4        | 64,8        |
| Litauen           | -1,8              | 4,0        | 4,6        | 1,5        | 52,9                  | 54,9        | 57,4        | 58,2        |
| Polen             | -2,9              | 4,3        | 4,9        | -1,4       | 47,2                  | 49,0        | 51,3        | 50,6        |
| Rumänien          | -2,0              | 0,9        | 8,9        | 1,5        | 48,0                  | 48,3        | 52,3        | 53,1        |
| Slowakei          | -0,2              | -1,9       | 1,4        | -0,6       | 49,4                  | 48,6        | 49,2        | 48,9        |
| Slowenien         | -1,3              | -1,1       | 1,7        | 1,4        | 64,4                  | 63,8        | 64,8        | 65,6        |
| Tschechien        | -3,8              | -0,2       | 1,1        | 2,0        | 50,1                  | 50,0        | 50,5        | 51,5        |
| Ungarn            | -0,2              | 1,0        | 4,9        | 3,0        | 44,4                  | 44,8        | 46,8        | 48,2        |
| <b>EU-27</b>      | <b>-2,3</b>       | <b>0,5</b> | <b>1,9</b> | <b>0,6</b> | <b>54,7</b>           | <b>54,9</b> | <b>55,9</b> | <b>56,1</b> |

**Anmerkungen:****Verteilungsbilanz** = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums auf Basis des BIP-Deflators, in Prozentpunkten.**Lohnquote (bereinigt)** = Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer\*in, in % des BIP pro Erwerbstätigem (jeweils zu laufenden Marktpreisen, Personenkonzept, nicht arbeitszeitbereinigt).

\* Angaben für 2025: Prognose der Europäischen Kommission.

und einen wesentlichen Beitrag zum BIP-Deflator geleistet (Janssen/Lübker 2023, S. 290). Dies spiegelt sich für das Jahr 2022 in einer negativen Verteilungsbilanz in der EU (-2,3 Prozentpunkte) wider. Nach einem praktisch ausgeglichenen Saldo im Jahr 2023 (+0,5 Prozentpunkte) setzt die Gegenbewegung erst 2024 (+1,9 Prozentpunkte) ein. Während ein starkes Überschreiten des Verteilungsspielraums durch eine Erhöhung der Lohnstückkosten inflationstreibend sein kann, können die erhöhten Gewinnmargen diesen Effekt nach Analyse der EZB teilweise abfedern (EZB 2025a, S. 20).

Die negative Verteilungsbilanz bedingte, dass die bereinigte Lohnquote in der EU im Jahr 2022 (54,7%) gegenüber dem Durchschnitt der 2010er Jahre (55,5%, nicht tabellarisch ausgewiesen) rückläufig war. Die positive Verteilungsbilanz des Jahres 2024 korrespondiert mit einem Anstieg der bereinigten Lohnquote auf 55,9%. Auch 2025 (56,1%) dürfte die Lohnquote stabil bleiben. Eine ausgeprägte Aufwärtsbewegung gab es in den baltischen Ländern und in Südosteuropa. Besonders hohe Lohnquoten finden sich in Lettland (64,8%) und Slowenien (65,6%); Ausreißer nach unten ist Irland (32,6%).

Zu berücksichtigen ist, dass die bereinigte Lohnquote sowohl zwischen den Ländern als auch über die Zeit nicht uneingeschränkt vergleichbar ist. So ist in Irland die Wertschöpfung – der Nenner der Lohnquote – davon geprägt, dass das Land Sitz vieler multinationaler Unternehmen ist (O’Grady 2024). Zudem beruht das Bereinigungsverfahren auf der Hilfsannahme, dass die Wertschöpfung von Selbstständigen denen von abhängig Beschäftigten entspricht (Freeman 2011). Wenn dies in der Realität nicht der Fall ist, kann es zu systematischen Verzerrungen kommen. Da der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl in der EU erheblich schwankt und sich auch über die Zeit verändert hat, beeinträchtigt dies die Vergleichbarkeit.<sup>12</sup>

## 5 STREIK ALS LETZTES MITTEL IM KAMPF GEGEN KAUFKRAFTVERLUSTE

Seit dem Beginn des plötzlichen Preisauftriebs versuchen die Gewerkschaften in den EU-Mitgliedstaaten, in Tarifverhandlungen verlorene Kaufkraft zurückzugewinnen. Dies lässt sich auch als Gegenbewegung zur einseitigen Belastung der Reallöhne zugunsten der Unternehmensgewinne verstehen (Janssen/Lübker 2024, S. 17f.; Cipollone 2024). Im Verteilungskonflikt zwischen Arbeit und Kapital

lässt sich sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern eine Intensivierung der Arbeitskämpfe beobachten (vgl. Eurofound 2024; Schulten 2024; Dribbusch et al. 2024; Lesch/Eckle 2025). Bereits 2022 nahmen die Streikaktivitäten in Europa zu (Müller et al. 2024, S. 105f.), und insbesondere 2023 wurde zu einem streikreichen Jahr (Eurofound 2024).

### 5.1 Deutlich erhöhtes Arbeitskampfvolumen als Reaktion auf den Preisschock

Um das Arbeitskampfvolumen zu messen, ist in der internationalen Streikforschung die Zahl der streikbedingten Ausfalltage pro Jahr und 1000 Beschäftigte das übliche Maß (vgl. IAO 2025; ETUI 2024). Zusätzlich zum Arbeitskampfvolumen wird häufig auch die Anzahl der Arbeitsniederlegungen und der Streikteilnehmenden angegeben. Für die vergleichende Darstellung wird rückwirkend der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre betrachtet, wie in der Strike Map des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI 2024) oder der Arbeitskampfbilanz des WSI (Dribbusch et al. 2024). Der längere Vergleichszeitraum wird gewählt, um die teilweise erheblichen jährlichen Schwankungen auszugleichen (Dribbusch 2025). Grundsätzlich ist zu beachten, dass die internationale Streikstatistik erheblichen Einschränkungen bezüglich der Vergleichbarkeit unterliegt (Dribbusch/Vandale 2016).

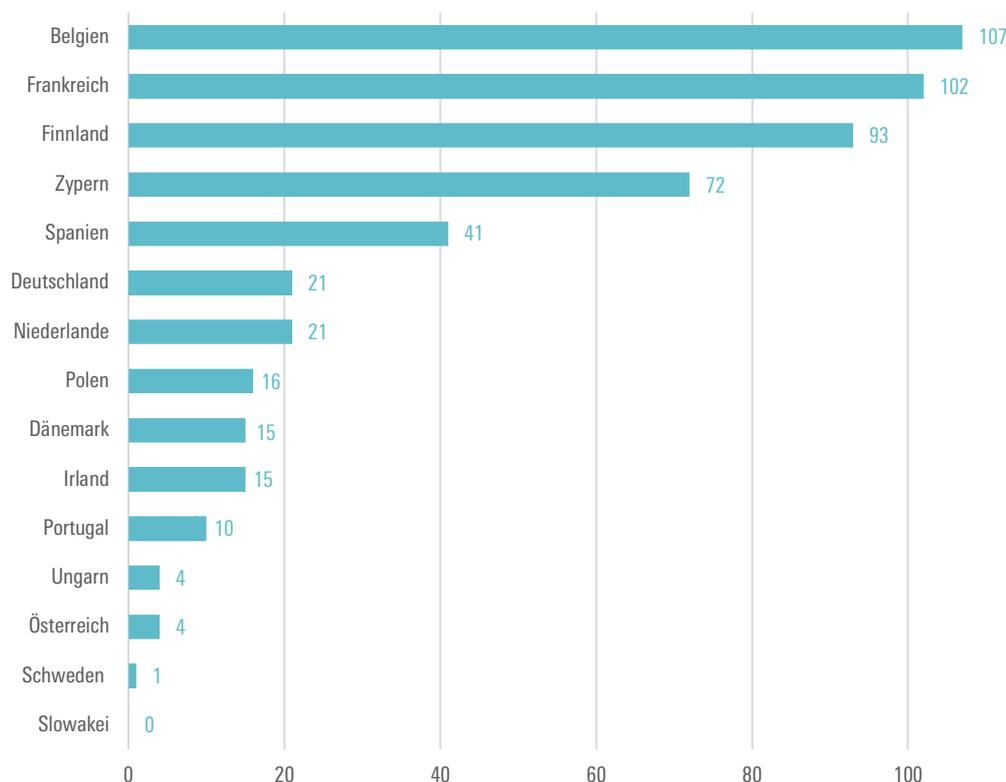
Im Zeitraum zwischen 2014 und 2023 ist Belgien mit jährlich 107 streikbedingten Ausfalltagen pro 1000 Beschäftigte innerhalb der EU Spitzenreiter, gefolgt von Frankreich (102) und Finnland (93) (Abbildung 6). In Deutschland fielen im Vergleichszeitraum durchschnittlich 21 Arbeitstage pro Jahr und 1000 Beschäftigte aus. Im jüngsten verfügbaren Zehnjahresschnitt schlagen sich die Arbeitskämpfe des Jahres 2023 bereits deutlich nieder – im Mittel der Jahre 2013 bis 2022 waren es hierzulande noch 18 Ausfalltage. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich nur im Mittelfeld. In allen genannten Ländern hat das Streikjahr 2023 den Zehnjahresdurchschnitt angehoben (ebd.; Dribbusch et al. 2024, S. 16).

Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz der jüngsten Mobilisierungen der Beschäftigten quer durch alle EU-Länder das durchschnittliche Arbeitskampfvolumen seit Jahrzehnten rückläufig ist (Müller et al. 2024, S. 104). Auch absolut gesehen ist das Streikvolumen gering: Rechnet man die übliche Statistik auf eine Pro-Kopf-Basis um, so ergibt sich selbst für Belgien nur eine durchschnittliche Streikdauer von 51 Minuten pro Beschäftigtem und Jahr. Deutsche Arbeitnehmer\*innen streiken durchschnittlich 10 Minuten pro Jahr.

<sup>12</sup> Alle Angaben basieren auf der AMECO-Datenbank (Version vom 19. Mai 2025, Seriencode xxx.1.0.0.0.NWTD und xxx.1.0.0.0.NETD).

### Streikaukommen in ausgewählten Ländern der Europäischen Union, Jahresdurchschnitt 2014–2023\*

Streikbedingte Ausfalltage pro 1000 Beschäftigte



#### Anmerkung:

Frankreich nur Privatsektor; Spanien ohne Generalstreiks; Ungarn ohne 2020; Portugal ohne öffentliche Verwaltung.

Quelle: Dribbusch 2025; eigene Bearbeitung.

WSI

## 5.2 Streikbewegungen in EU-Ländern

In Deutschland, wo die Laufzeit von Tarifverträgen im langjährigen Mittel bei etwa zwei Jahren liegt (Schulten/WSI-Tarifarchiv 2025, S. 123), konnten die Tarifvertragsparteien wegen der damit einhergehenden Friedenspflicht erst mit erheblicher Verzögerung auf den Preisschock reagieren. Hier wurde 2023 so viel gestreikt wie seit 2015 nicht mehr. Laut WSI-Arbeitskampfbilanz (Dribbusch et al. 2024) stieg die Zahl der streikbedingten Ausfalltage 2023 auf 1,5 Mio. und verdoppelte sich damit gegenüber dem Vorjahr.

Nach der Streikstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)<sup>13</sup>, die auf Meldungen von Arbeitge-

bern basiert, war auch das Jahr 2024 überdurchschnittlich arbeitskampftensiv (BA 2025; s. a. Lesch/Eckle 2025). Viele im Jahr 2023 begonnene Arbeitskonflikte zogen sich, wie im Einzelhandel, weit in das Jahr 2024 hinein. Hinzu kamen größere Streiks in der Metall- und Elektroindustrie, bei Volkswagen, im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und im Öffentlichen Dienst. Im Bausektor fand der erste Streik seit über 20 Jahren statt (Dribbusch et al. 2024; BA 2025).

Auch in anderen Ländern mussten Gewerkschaften verstärkt auf Arbeitsniederlegungen setzen: Spanien verzeichnete im Jahr 2023 mit fast einer Million streikbedingter Ausfalltage den höchsten Wert seit zehn Jahren. Im Jahr 2024 waren die Aktivitäten wieder rückläufig, lagen jedoch weiterhin über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre (MITES 2024).

Bemerkenswert ist, dass es 2023/24 selbst in EU-Ländern, in denen traditionell kaum gestreikt wird, vermehrt zu Arbeitskämpfen gekommen ist: In Österreich, das durch seine korporatistischen Arbeitsbeziehungen geprägt ist, machten Specht-Prebanda und Pernicka (2024) eine „neue

<sup>13</sup> Die Streikdaten der BA unterliegen einigen Einschränkungen. Zum einen werden nur Streiks und Aussperrungen erfasst, an denen mindestens zehn Beschäftigte mindestens einen Tag die Arbeit niedergelegt haben oder durch die mindestens 100 Arbeitstage ausgefallen sind. Zum anderen weist die BA darauf hin, dass die ausgewiesenen Zahlen über betroffene Personen, Betriebe und ausgefallene Arbeitstage untererfasst sind (BA 2025).

Streikfreudigkeit“ aus: Für 2023 weisen die vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) veröffentlichten Daten 788836 Streikstunden aus – der höchste Wert seit 20 Jahren und ein Anstieg um beinahe das Siebenfache im Vergleich zum Vorjahr. Allerdings normalisierten sich die gemessenen Streikwerte bereits im Jahr 2024 wieder (ÖGB 2024). Auch in den Niederlanden war 2023 ein Jahr der Streik-Rekorde: Mit 52 vom niederländischen Zentralamt für Statistik (CBS) gezählten kollektiven Arbeitsniederlegungen wurde 2023 mehr gestreikt als in jedem Jahr der vergangenen 50 Jahre. Insgesamt gingen 1421000 Arbeitstage durch Streiks verloren (CBS 2025).

Das hohe Streikaufkommen in Frankreich ergibt sich zum einen aus tarifbezogenen Auseinandersetzungen, zum anderen aus Protesten gegen Regierungsvorhaben, insbesondere im Bereich der Sozial- und Rentenpolitik. Die Steigerung der streikbedingten Ausfalltage um rund 71 % zwischen 2022 und 2023 war nach Angaben des französischen Arbeitsministeriums zu einem wesentlichen Teil auf Streiks im Zuge der Proteste gegen die geplante Rentenreform zurückzuführen (DARES 2025; vgl. auch Dribbusch et al. 2024, S. 29).

Für viele EU-Länder liegen keine zuverlässigen Streikdaten vor. So veröffentlicht Italien seit der Finanzkrise 2008 keine Streikstatistik mehr (ETUI 2024). Jedoch legen bei Eurofound veröffentlichte qualitative Berichte nahe, dass auch in Tschechien, Finnland, Luxemburg, Norwegen, Portugal und Schweden mehr gestreikt wurde als gewöhnlich (Eurofound 2024).

### **5.3 Streikrecht beeinflusst Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigteninteressen**

Dass Gewerkschaften Streiks – oder die Drohung mit Streiks – in Tarifverhandlungen als Druckmittel einsetzen können, ist eine zentrale Funktion des Streikrechts. Innerhalb der EU gibt es jedoch große Unterschiede, wie das nationale Streikrecht ausgeformt ist. Dies prägt die Art, Häufigkeit und Intensität von Streiks. Dazu kommen Faktoren wie die Haltung der Arbeitgeber, Traditionen der nationalen Arbeitsbeziehungen, der gewerkschaftliche Organisationsgrad, die Ausgestaltung der Tariflandschaft und die Arbeitsmarktsituation (vgl. Warneck 2008; Schulten 2024).

Teilweise führen auch Auseinandersetzungen über das Streikrecht zu Streiks. So kamen in Finnland in den vergangenen Jahren zu den intensiven Tarifauseinandersetzungen in verschiedenen Branchen zahlreiche politische Streikaktionen hinzu. Die Arbeitsniederlegungen richteten sich gegen die Pläne der finnischen Regierung, das Streikrecht einzuschränken und den Sozialstaat zu beschneiden (Dribbusch et al. 2024, S. 30; Liukkunen 2024; Rühle 2024).

In Frankreich sind politische Streiks ein bewährtes Mittel der Gewerkschaften, um in Auseinandersetzungen mit der Regierung Druck auszuüben. Das Recht zu streiken ist dort ein in der Verfassung verankertes individuelles Grundrecht, das jedoch kollektiv ausgeübt werden muss. Das bedeutet, dass Gruppen von mindestens zwei Beschäftigten die Arbeit niederlegen können, um beschäftigungsbezogene Forderungen gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen. Auch ist das Streikrecht durch seinen konstitutionellen Status nicht an Tarifverträge und eine etwaige Friedenspflicht gebunden (vgl. Warneck 2008, S. 27ff.).

In Schweden und anderen nordischen Ländern ermöglicht das Streikrecht vergleichsweise umfassende Solidaritätsstreiks (Warneck 2008). Ein bekanntes Beispiel ist der Konflikt zwischen der schwedischen Gewerkschaft IF Metall und Tesla: Da der amerikanische Konzern sich weigert, mit seinen schwedischen Niederlassungen Tarifverhandlungen aufzunehmen, hat IF Metall im Oktober 2023 zu einem Streik gegen Tesla aufgerufen, an dem sich inzwischen zwölf andere Gewerkschaften beteiligen. Auch in den Nachbarländern Finnland, Dänemark und Norwegen führten Gewerkschaften inzwischen Sympathieaktionen gegen Tesla durch, sodass sich länderübergreifend rund 20 Gewerkschaften aus verschiedenen Branchen am Arbeitskampf gegen Tesla beteiligen. Der Arbeitskampf ist inzwischen der längste in der schwedischen Geschichte (Nyström/Kutlu Mutluer 2025).

Hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen fällt Deutschland eher durch ein restriktives Streikrecht auf. Als Teil der Koalitionsfreiheit ist es in Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) verankert. Nach ständiger Rechtsprechung können nur Gewerkschaften zum Streik aufrufen, um tarifvertragsfähige Forderungen durchzusetzen. Ein individuelles Recht auf Streik gibt es nicht. Politische Streiks sind unzulässig, Sympathiestreiks nur in sehr engen Grenzen möglich (Nyström/Kutlu Mutluer 2025). Außerdem verletzt das generelle Streikverbot für Beamte, die keine unmittelbare staatliche Autorität ausüben, nach Ansicht der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) das IAO-Übereinkommen Nr. 87<sup>14</sup>, d. h. international bindendes Recht (IAO 1994).

<sup>14</sup> Übereinkommen Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG 2018) und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR 2024) haben zuletzt geurteilt, dass das Streikverbot für verbeamtete Lehrer\*innen nicht im Widerspruch zum Grundgesetz und zur Europäischen Menschenrechtskonvention steht.

## 5.4 Angriffe auf das Streikrecht

Trotz des vergleichsweise restriktiven Streikrechts und des im europäischen Vergleich moderaten Arbeitskampfvolumens steht das Streikrecht in Deutschland von Seiten der Arbeitgeberverbände immer wieder unter Beschuss (Klengel/Brandt 2025; Dribbusch 2025; ETUI 2024). Zuletzt hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall einen erneuten Vorstoß zur Einschränkung des Streikrechts gemacht. Kern ist die Einführung eines gesetzlichen Schlichtungsverfahrens, mit dem das Streikrecht der Gewerkschaften ausgehebelt werden kann. Darüber hinaus werden weitergehende Einschränkungen des Streikrechts in der sogenannten Daseinsvorsorge vorgeschlagen (Giesen/Höpfner 2025; Klengel/Brandt 2025). Arbeitgeber versuchen zudem vermehrt, Streiks durch einstweilige Verfügungen gerichtlich zu unterbinden. Da Gewerkschaften bei rechtswidrigen Streiks ein Risiko tragen, Schadenersatz leisten zu müssen, übt allein schon die Einreichung einer Klage erheblichen Druck aus (Klengel/Brandt 2025).

Die aktuelle Debatte um eine weitere Einschränkung des Streikrechts in Deutschland geht daher an der Realität vorbei. Weder ist das Streikvolumen ausufernd noch ist das Streikrecht besonders liberal. Öffentliche Aufmerksamkeit bekommen Arbeitskämpfe vor allem dann, wenn auch Dritte betroffen sind, etwa von Streiks bei der Deutschen Bahn oder im ÖPNV. Die große Mehrzahl der Arbeitskämpfe findet jedoch außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung statt. Auch wenn die weitreichendsten Vorschläge aus dem jüngsten Vorstoß der Metallarbeitgeber nur auf die Daseinsvorsorge abzielen, betreffen auch diese Einschränkungen bis zu 50% der Beschäftigten (Schulten 2025, S.15). Gleichzeitig wird die Verantwortung der Arbeitgeber weitgehend ausgeblendet, die durch Tarifflicht für eine seit Jahren sinkende Tarifbindung sorgen (Hohendanner/Kohaut 2025). Für Beschäftigte und ihre Gewerkschaften bleibt der kollektive Streik das letzte Mittel, um besonders in Zeiten hoher Reallohneinbußen zumindest einen gewissen Interessensausgleich mit den Arbeitgebern zu erzwingen.

## 6 BILANZ: AUFHOLPROZESS BEI TARIFLÖHNEN NOCH NICHT ABGESCHLOSSEN

Tarifverträge bringen Planungssicherheit. Dies ist eine ihrer wesentlichen Funktionen, die in Deutschland insbesondere von den Arbeitgebern – von der Metall- und Elektroindustrie bis hin zu den Kommunen – immer wieder hervorgehoben wird (Lesch/Winter 2021, S.11; VKA 2019, S.1 und 5). Die oft langen Laufzeiten von Tarifverträgen bedin-

gen aber auch, dass die Tarifvertragsparteien erst mit Verzögerung auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren können. Dies wird anhand der jüngsten Inflationskrise überdeutlich, während der die Tarifsteigerungen zunächst drastisch hinter die Inflationsrate zurückfielen.

Die damit einhergehenden Kaufkraftverluste für die Beschäftigten – und die Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung zu Lasten des Faktors Arbeit – hat der Europäische Tarifbericht bereits in den Vorjahren dokumentiert (Janssen/Lübker 2023, 2024). In diesem Jahr können wir konstatieren, dass die Gewerkschaften im Kampf um den Ausgleich der Inflationsverluste Fortschritte gemacht haben: Die Tarifabschlüsse überstiegen 2024 erstmals seit vier Jahren wieder auf breiter Front die Teuerungsrate. Für die Eurozone verbleibt von der nominalen Tarifsteigerung von 4,5% ein realer Zugewinn von 2,1%. Unter anderem in Österreich (reales Wachstum: +5,4%), Portugal (+4,5%) und Deutschland (+2,8%) fällt die tarifpolitische Bilanz des vergangenen Jahres noch positiver aus.

Die Erfolge wurden von den Gewerkschaften teilweise hart erkämpft: Die vergangenen beiden Jahre waren in Europa ausgesprochen streikreich. Durchsetzungsstarke Gewerkschaften, die die Mittel des Arbeitskampfes im Notfall ausschöpfen können, sind aus Sicht der Beschäftigten auch weiterhin erforderlich. Denn die Aufholbewegung ist bei den Tariflöhnen nicht abgeschlossen: In der Eurozone lagen die realen Tariflöhne im vergangenen Jahr noch rund 5% unterhalb des Ausgangsniveaus des Jahres 2020. Insofern ist das Abflachen des Tariflohnwachstums, das die EZB erwartet, bedenklich. Mit der Ausnahme Portugals (+6,7%) besteht auch in allen anderen Ländern, für die Daten zur Verfügung stehen, weiter Aufholbedarf – wenngleich in sehr unterschiedlichem Ausmaß. So hat das reale Tarifniveau in Österreich (-1,1%) und Frankreich (-3,3%) bereits wieder annähernd das Ausgangsniveau erreicht, während die Lücke in Italien (-9,1%) und Tschechien (-11,4%) besonders groß ist.

Deutschland liegt nach den Daten des WSI-Tarifarchivs mit einem realen Rückgang des Tarifniveaus von 4,7% im Mittelfeld. Wenn stattdessen der Tarifindex des Statistischen Bundesamtes verwendet wird, ergibt sich aufgrund methodischer Unterschiede gegenüber 2020 ein realer Verlust von 7,9%. Diese Zahl beinhaltet Sonderzahlungen; ohne Sonderzahlungen beträgt der Verlust sogar fast 10%. Selbst wenn es gelingt, die im vergangenen Jahr ausgelaufenen Inflationsausgleichprämien vollständig in tabellenwirksame Erhöhungen zu überführen (vgl. Schulten/WSI-Tarifarchiv 2025, S.125), ist der Aufholprozess noch unvollständig. Hohe Tarifforderungen haben weiterhin ihre Berechtigung.

- BA (Bundesagentur für Arbeit) (2025):** Streikstatistik – Deutschland und Länder (Jahreszahlen und Zeitreihe), [https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202412/iiia6/streik/streik-dl-0-202412-xlsx.xlsx?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202412/iiia6/streik/streik-dl-0-202412-xlsx.xlsx?__blob=publicationFile&v=2) (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- Bispinck, R. (2023):** Inflationsausgleichsprämie oder Tariferhöhung? Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: Analysen zur Tarifpolitik Nr. 94, Düsseldorf
- BVerfG (Bundesverfassungsgericht) (2018):** Urteil vom 12. Juni 2018, 2 BvR 1738/12, 2 BvR 646/15, 2 BvR 1068/14, 2 BvR 1395/13
- CBS (Centraal Bureau voor de Statistiek) (2025):** How Often Do Workers Go on Strike?, <https://longreads.cbs.nl/the-netherlands-in-numbers-2024/how-often-do-workers-go-on-strike/> (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- Cipollone, P. (2024):** The Confidence to Act: Monetary Policy and the Role of Wages During the Disinflation Process, Rede vom 27. März 2024, Brüssel, <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2024/html/ecb.sp240327~30a05c6862.en.html> (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- DARES (Direction de l'animation de la recherche, des études et des Statistiques) (2025):** Les grèves en 2023 – Une intensification essentiellement portée par la contestation de la réforme des retraites, [https://dares.travail-emploi.gouv.fr/sites/default/files/053173a0b20707b88813baac227ed-2fc/Dares\\_R%C3%A9sultats\\_Les\\_gr%C3%A8ves\\_en\\_2023.pdf#](https://dares.travail-emploi.gouv.fr/sites/default/files/053173a0b20707b88813baac227ed-2fc/Dares_R%C3%A9sultats_Les_gr%C3%A8ves_en_2023.pdf#) (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- DESTATIS (Statistisches Bundesamt) (2021):** Index der Tarifverdienste – Methodische Erläuterungen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Tarifverdienste-Tarifbindung/Methoden/Downloads/Tarifindex.pdf> (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- DESTATIS (2025a):** Tarifverdienste im Jahr 2024 um 4,8% gestiegen, Pressemitteilung Nr. 078 vom 28. Februar 2025, [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/02/PD25\\_078\\_622.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/02/PD25_078_622.html) (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- DESTATIS (2025b):** Arbeitsmarkt – Erwerbslosigkeit (Webseite), [https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/\\_inhalt.html#235974](https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/_inhalt.html#235974) (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- DESTATIS (2025c):** Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Lohnkosten, Inflation und Produktivität, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Methoden/verteilungsspielraum.html> (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- Deutsche Bundesbank (2024):** Monatsbericht Oktober 2024, 76. Jahrgang, Nr. 10, Frankfurt
- Deutsche Bundesbank (2025):** Konjunktur in Deutschland, Monatsbericht Mai 2025, 77. Jahrgang, Nr. 5, Frankfurt
- Dribbusch, H. (2025):** Arbeitskämpfe im internationalen Vergleich. Ein quantitativer Überblick über die Jahre 2014–2023, in: Express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Ausgabe 4/2025
- Dribbusch, H./Schulzen, T./Luth, M./Jansen, T. (2024):** WSI-Arbeitskampfbilanz 2023. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: Report Nr. 95, Düsseldorf
- Dribbusch, H./Vandaele, K. (2016):** Comparing Official Strike Data in Europe – Dealing with Varieties of Strike Recording, in: Transfer 22 (3), S. 413–418, European Trade Union Institute (ETUI), Brüssel
- Dullien, S./Herzog-Stein, A./Hohlfeld, P./Rietzler, K./Stephan, S./Theobald, T./Tober, S./Watzka, S. (2025):** Mit staatlichen Investitionen aus der Stagnation: Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2025/2026. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: Report Nr. 195, Düsseldorf
- Dullien, S./Herzog-Stein, A./Stein, U. (2023):** Gewinninflation: Realität oder Fata Morgana? Die Rolle der Gewinnentwicklung für die aktuelle deutsche Inflation. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: Report Nr. 185, Düsseldorf
- EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) (2024):** Rechtssache Humpert u. a./Deutschland, Individualbeschwerden Nrn. 59433/18, 59477/18, 59481/18 und 59494/18, Straßburg
- ETUI (European Trade Union Institute) (2024):** Strike Map of Europe, zuletzt aktualisiert am 14.10.2024, <https://www.etui.org/strikes-map> (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- Eurofound (2024):** Labour Disputes Across Europe in 2023: Ongoing Struggle for Higher Wages as Cost of Living Rises, <https://www.eurofound.europa.eu/en/resources/article/2024/labour-disputes-across-europe-2023-ongoing-struggle-higher-wages-cost-living> (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- Europäische Kommission (2025):** European Economic Forecast, Spring 2025, Institutional Paper 318, Brüssel
- Europäisches Parlament/Rat (2022):** Richtlinie 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union, in: Amtsblatt der Europäischen Union, L275 vom 25.10.2022, S. 33–47
- Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) (2024):** Harmonised Index of Consumer Prices (HICP), Methodological Manual, 2024 edition, Luxembourg
- Eurostat (2025):** Erwerbstätigenquote nach Geschlecht, zuletzt aktualisiert am 14.04.2025, <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/TESEM010/bookmark/table?lang=de&bookmarkId=b063fae8-48c3-4443-a404-59e86a115d77> (letzter Zugriff: 06.06.2025)
- EZB (Europäische Zentralbank) (2024):** Economic Bulletin, Issue 7/2024, Frankfurt a. M.
- EZB (2025a):** Economic Bulletin, Issue 3/2025, Frankfurt a. M.
- EZB (2025b):** ECB Staff Economic Projections, March 2025, Frankfurt a. M.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2025c):** Economic Bulletin, Issue 2/2025, Frankfurt a. M.
- Freeman, R. A. (2011):** Accounting for the Self-employed in Labour Share Estimates: The Case of the United States, OECD, Paris

**Giesen, R./Höpfner, C. (2025):** Vorschlag für ein Schlichtungsgesetz, erstellt im Auftrag des Gesamtverbands der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e. V., Gesamtmetall, München und Köln

**Górnicka, L./Koester, G. (2024):** A Forward-looking Tracker of Negotiated Wages in the Euro Area. Europäische Zentralbank: Occasional Paper Series, Frankfurt a. M.

**Herr, H./Horn, G. A. (2012):** Lohnpolitik heute. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: Policy Brief, Mai 2012, Düsseldorf

**Hohendanner, C./Kohaut, S. (2025):** Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung: keine Trendwende in Sicht, in: IAB-Forum 30. Mai 2025, <https://www.iab-forum.de/tarifbindung-und-betriebliche-mitbestimmung-keine-trendwende-in-sicht/> (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**Holton, S./Koester, G. (2024):** Tracking Euro Area Wages in Exceptional Times, The ECB Blog vom 23. Mai 2024, <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2024/html/ecblog20240523~1964e193b7.en.html> (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**IAO (Internationale Arbeitsorganisation) (1994):** Freedom of Association and Collective Bargaining, Report of the Committee of Experts on the Application of Conventions and Recommendations, International Labour Conference, 81st Session 1994, Report III (Part 4B), Genf

**IAO (2025):** ILOSTAT Days Not Worked Due to Strikes and Lockouts by Economic Activity, Annual Industrial Relations Data (IRdata) <https://ilostat.ilo.org/topics/industrial-relations/> (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**IWF (Internationaler Währungsfonds) (2025):** World Economic Outlook – A Critical Juncture Amid Policy Shifts, Washington, D.C.

**Janssen, T./Lübker, M. (2023):** Europäischer Tarifbericht des WSI – 2022/2023: Inflationsschock lässt Reallöhne europaweit einbrechen, in: WSI-Mitteilungen 76 (4), S. 280–295

**Janssen, T./Lübker, M. (2024):** Europäischer Tarifbericht des WSI – 2023/2024: Reallöhne haben nach Krisenverlusten weiterhin Aufholbedarf, in: WSI-Mitteilungen 77 (4), S. 273–288

**Klengel, E./Brandt, L. (2025):** Streikrecht unter Druck, Hintergrund vom 30.04.2025, <https://www.rosalux.de/news/id/53375/streikrecht-unter-druck> (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**Krebs, T./Weber, I. (2024):** Can Price Controls Be Optimal? The Economics of the Energy Shock in Germany, IZA Discussion Paper Nr. 17043, Juni 2024

**Lane, P. (2024):** Interview mit Corriere della Sera vom 13. Januar 2024, <https://www.ecb.europa.eu/press/inter/date/2024/html/ecb.in240113~63455a0f8c.en.html> (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**Lepmets, J. (2023):** Energy Without Russia: Country Report Estonia, Berlin

**Lesch, H./Eckle, L. (2025):** Tarifpolitischer Bericht 2. Halbjahr 2024. Hohe Konfliktintensität bei unterschiedlicher Konfliktneigung. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Report Nr. 6, Köln

**Lesch, H./Winter, L. (2021):** Konfliktbereitschaft nimmt zu: Tarifpolitischer Bericht 1. Halbjahr 2021. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Report Nr. 32, Köln

**Liukkunen, U. (2024):** Strike Wave in Finland – A Legacy of Trust in Transition?, in: Social Europe, 13. Februar 2024, <https://www.socialeurope.eu/strike-wave-in-finland-a-legacy-of-trust-in-transition> (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**Lübker, M./Schulten, T. (2017):** Europäischer Tarifbericht des WSI – 2016/2017, in: WSI-Mitteilungen 70 (6), S. 421–431

**Lübker, M./Schulten, T. (2023):** WSI-Mindestlohnbericht 2023: Kaufkraftsicherung als zentrale Aufgabe in Zeiten hoher Inflation, in: WSI-Mitteilungen 76 (2), 112–122

**Lübker, M./Schulten, T. (2025):** WSI-Mindestlohnbericht 2025: Neuorientierung der Mindestlohnpolitik führt zu realer Aufwertung, in: WSI-Mitteilungen, 78 (2), S. 108–121

**Lübker, M./Schulten, T./Herzog-Stein, A. (2025):** 10 Jahre Mindestlohn: Bilanz und Ausblick. Gemeinsame Stellungnahme von WSI und IMK anlässlich der schriftlichen Anhörung der Mindestlohnkommission. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: Policy Brief Nr. 88, Düsseldorf

**MITES (Ministerio de Trabajo y Economía Social) (2024):** Estadística de Huelgas y Cierres Patronales, HUE-E1, [https://www.mites.gob.es/estadisticas/hue/hue24enepublicacion/hue\\_01\\_24.pdf](https://www.mites.gob.es/estadisticas/hue/hue24enepublicacion/hue_01_24.pdf) (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**Müller, T./Vandaele, K./Zwysen, W. (2024):** Wages and Collective Bargaining: The Adequate Minimum Wages Directive as a Game Changer, in: Piasna, A./Theodoropoulou, S. (Hrsg.): Benchmarking Working Europe 2024, ETUI and ETUC, S. 87–114, Brüssel

**Nyström, B./Kutlu Mutluer, M. (2025):** Changing the Nature of the Collective Actions: Sympathy Strikes, in: European Labour Law Journal, <https://doi.org/10.1177/20319525251332161>

**O’Grady, M. (2024):** Multinational Enterprise Integration in the Irish Value Chain, Research Technical Paper 2024/5, Dublin: Central Bank of Ireland

**Obst, T./Stockhausen, M. (2023):** Makroökonomische Analyse von Lohn-Preis-Spiralen: Risiken von Zweitrundeneffekten in der gegenwärtigen Hochinflationsphase. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Analysen Nr. 155, Köln

**OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2024):** OECD Economic Outlook, Volume 2024 Issue 2, OECD Publishing, Paris

**ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) (2024):** Österreichische Streikstatistik seit 1945, [https://www.oegb.at/content/dam/oegb/downloads/der-%C3%B6gb/der-%C3%B6gb-in-zahlen/%C3%96GB\\_Streikstatistik\\_2024.pdf](https://www.oegb.at/content/dam/oegb/downloads/der-%C3%B6gb/der-%C3%B6gb-in-zahlen/%C3%96GB_Streikstatistik_2024.pdf) (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**Rühle, A. (2024):** Großstreik legt Finnland lahm, Süddeutsche Zeitung Online, 2. Februar 2024, <https://www.sueddeutsche.de/politik/finnland-streik-kuerzungen-arbeitsmarkt-reform-1.6343003> (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**Schulten, T. (2024):** Schon wieder Streik? Arbeitskämpfe in Deutschland im europäischen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 74. Jahrgang, 46/2024

**Schulten, T. (2025):** Tarifpolitischer Jahresbericht 2024: Anhaltend hohe Tarifabschlüsse trotz rückläufiger Inflationsraten, in: WSI-Mitteilungen 78 (2), S. 122–131

**Schulten, T./WSI-Tarifarchiv (2024):** Tarifpolitischer Jahresbericht 2023: Offensive Tarifpolitik angesichts anhaltend hoher Inflationsraten, in: WSI-Mitteilungen 77 (2), S. 120–130

**Schulten, T./WSI-Tarifarchiv (2025):** Tarifpolitischer Jahresbericht 2024: Anhaltend hohe Tarifabschlüsse trotz rückläufiger Inflationsraten, in: WSI-Mitteilungen 78 (2), S. 122–131

**Specht-Prebanda, M./Pernicka, S. (2024):** Die neue Streikfreudigkeit in Österreich – Ursachen, Ausdrucksformen und Perspektiven, A&Wblog, 19. Februar 2024, <https://www.awblog.at/Arbeit/Die-neue-Streikfreudigkeit-in-Oesterreich> (letzter Zugriff: 06.06.2025)

**de Spiegelaere, S. (2023):** All Rise – Automatic Wage Increases in Collective Agreements in Europe, UNI Europa Snapshot Report 01/2023, Brüssel

**VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände) (2019):** Jahresbericht 2018, Berlin

**Warneck, W. (2008):** Streikregeln in der EU27 und darüber hinaus. Ein vergleichender Überblick, Bericht 103, Europäisches Gewerkschaftsinstitut (ETUI-REHS), Brüssel



## **IMPRESSUM**

### **Ausgabe**

WSI Report Nr. 105, Juni 2025  
Europäischer Tarifbericht des WSI – 2024 / 2025

ISSN 2366-7079

### **Herausgeber**

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)  
der Hans-Böckler-Stiftung  
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf  
Telefon +49 (211) 7778-18 7

<http://www.wsi.de>

### **Pressekontakt**

Rainer Jung, +49 (211) 7778-15 0  
[rainer-jung@boeckler.de](mailto:rainer-jung@boeckler.de)

Satz: Yuko Stier Grafikdesign

### **Kontakt**

Dr. Malte Lübker  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)  
der Hans-Böckler-Stiftung  
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf  
Telefon +49 (211) 7778-574

[malte-luebker@boeckler.de](mailto:malte-luebker@boeckler.de)  
[www.wsi.de](http://www.wsi.de)

Dieses Werk ist lizenziert unter der  
Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International  
(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)